

N i e d e r s c h r i f t

über die am **Mittwoch**, dem **23. Oktober 2024** um **19:00 Uhr** im Gemeinderatssaal des Rathauses stattgefundene **6. Sitzung des Gemeinderates** der Freistadt Eisenstadt.

Tagesordnungspunkte:

1. Ehrenzeichenverleihung, Beratung und Beschlussfassung
2. Jugend-Bürgerbudget Projekte 2024, Beratung und Beschlussfassung
3. Heizkostenzuschuss 2024/2025, Beratung und Beschlussfassung
4. Senioren-Tagesbetreuung 2025, Beratung und Beschlussfassung
5. Bildungscampus – Projektentwicklung Burgenland GmbH, Baurechtsvertrag, Beratung und Beschlussfassung
6. Bildungscampus – Projektentwicklung Burgenland GmbH, Mietkaufvertrag, Beratung und Beschlussfassung
7. Vergabe Stadtvilla, Beratung und Beschlussfassung
8. Grundabtretung Teilungsentwurf G.Z. ■■■■■■■■ (Joseph Haydn Privathochschule), Beratung und Beschlussfassung
9. Widmung Teilungsentwurf G.Z. ■■■■■■■■ (Joseph Haydn Privathochschule), Beratung und Beschlussfassung
10. Ergänzung zum Mietvertrag vom 06. Juni 2008 mit der Eisenstadt Infrastruktur KG, Volksschule Eisenstadt, Beratung und Beschlussfassung
11. Zusätzliche Vereinbarung mit der Burgenland Energie betreffend die Abschlagszahlung im Zusammenhang mit der Auflösungsvereinbarung, Beratung und Beschlussfassung
12. Verlängerung Nutzungsvereinbarung Schauerkreuz (GÜPL Militärkommando Burgenland), Beratung und Beschlussfassung
13. BE Energy GmbH, Nachtrag zum Dienstbarkeitsvertrag vom 29.08.2017, Beratung und Beschlussfassung
14. Löschung von Dienstbarkeiten ob EZ 4493, KG Eisenstadt, Beratung und Beschlussfassung
15. 1. Nachtragsvoranschlag 2024, Beratung und Beschlussfassung
 - a) 1. Nachtragsvoranschlag 2024
 - b) Mittelfristiger Finanzplan 2024-2028

16. Eisenstadt Infrastruktur KG – Jahresabschluss 2023, Beratung und Beschlussfassung
17. Eisenstadt Infrastruktur KG – Gewinnverwendung 2023, Beratung und Beschlussfassung
18. Antrag der SPÖ-Fraktion: Gründung einer Projektgruppe zur Aufarbeitung des Bauvorhabens am Sätzenweg in St. Georgen, Beratung und Beschlussfassung
19. Allfälliges

Anwesend: Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner als Vorsitzender, die Vizebürgermeister Istvan Deli, BA (ÖVP) und Charlotte Toth-Kanyak (SPÖ), die Stadträte Mag. Dr. Michael Freismuth (ÖVP), Birgit Tallian (ÖVP) und Stefan Lichtscheidl (ÖVP), die Gemeinderäte Adelheid Hahnekamp (ÖVP), Josef Weidinger (ÖVP), Waltraud Bachmaier (ÖVP), Michael Bieber, MBA (ÖVP), Hermann Nährer (ÖVP), Silvia Bronkhorst (ÖVP), Gerald Hicke (ÖVP), Mag.^a Dr.ⁱⁿ Andrea Dvornikovich (ÖVP), DI Otto Prieler (ÖVP) und Daniel Janisch (ÖVP-Ersatzmitglied), Elke Riener (SPÖ), Christoph Fertl (SPÖ), Andrea Fassl (SPÖ), Günter Kovacs (SPÖ) und Christoph Kainz (SPÖ), Anja Haider-Wallner (Grüne), Samara Sánchez Pöll (Grüne) und Dr. Siegfried Mörz (Grüne), Ing. Bernhard Skaumal (FPÖ), sowie Magistratsdirektorin Mag.^a Gerda Török zugleich als Schriftführerin.

Entschuldigt: Ruth Klinger-Zechmeister, BA (ÖVP), Werner Klikovits (ÖVP), Michael Nemeth, MBA (ÖVP), Beatrix Wagner (SPÖ), Markus Rauchbauer, BSc (SPÖ)

Verhandlungsschrift vom 23.09.2024; Genehmigung

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Verhandlungsschrift vom 23.09.2024 unterfertigt und beglaubigt für die Mitglieder des Gemeinderates zur Einsicht aufgelegt worden ist. Da hierüber keine Einwendungen erfolgten und auch keine Wortmeldungen vorliegen, trifft er die Feststellung, dass die Verhandlungsschrift vom 23.09.2024 einstimmig genehmigt worden ist.

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen, stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest und bestellt Herrn Vizebürgermeister Istvan Deli, BA und Frau Gemeinderätin Elke Riener zu Beglaubigern dieser Niederschrift.

Vor Eingang in die Tagesordnung hat sich der Klubobmann der SPÖ zu Wort gemeldet.

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Christoph Fertl das Wort. Dieser führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, werte Gäste und Medienvertreter!

Es gibt eine Wortmeldung, weil wir würden gerne einen weiteren Punkt auf die Tagesordnung aufnehmen, und zwar hat das eine Dringlichkeit. Es geht primär um einen Wärmepreisdeckel, wir haben das schon bei einer Gemeinderatssitzung angekündigt bzw. bekrittelt, dass man das eventuell auch kommunizieren sollte. Seitens SPÖ und FPÖ ist es schon in den Zeitungen kommuniziert worden. Grüne weiß ich jetzt nicht, aber ich glaube schon. Prinzipiell geht es darum, dass bis Ende des Jahres der Wärmepreisdeckel seitens des Landes noch zum Ansuchen ist. Es gibt den seit 2 Jahren, dieser ist für ein Netto-Jahreseinkommen bis zu € 63.000,-- abrufbar, das heißt bis zu € 2.000,--. In den letzten 20 Ausgaben des Amtsblattes ist davon bis jetzt noch nichts kommuniziert worden. Ich habe jetzt auch die aktuelle Zeitschrift mit und da ist zum Beispiel auf Seite 19 der Beitrag „Was macht die Erdkröte im Herbst und Winter?“.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Die was?“

Gemeinderat Christoph Fertl:

„Die Erdkröte.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Erdkröte, ja.“

Gemeinderat Christoph Fertl:

„Wir fragen uns eher, was machen die Menschen im Herbst und im Winter? Aber deswegen schlagen wir vor, dass wir überparteilich eine gemeinsame Infokampagne machen. Es ist jetzt Oktober, wir haben noch 2 Monate dass wir das gemeinsam bewerben, dass wir das auf der Webseite der Stadt, dann auf diversen Social Media-Kanälen der Stadt, Social Media-Kanälen der einzelnen Parteien, dass wir das kommunizieren und transportieren. Wir haben in unserer letzten Zeitung, die auch an alle Haushalte gegangen sind, das schon beworben. Es haben über 30 Personen

angerufen, das ist ungefähr ein Förderwert von € 25.000,--. Ich glaube, dass in Eisenstadt noch viele weitere darüber informiert werden sollten, weil es eben noch bis Ende des Jahres zum Einreichen ist. Aus diesem Grund stellen wir den Antrag zur Aufnahme des Tagesordnungspunktes zur Bewerbung des Wärmepreisdeckels bzw. jetzt auch in weiterer Folge der Einreichung des Heizkostenzuschuss, den wir nachher dann besprechen. Danke.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Dankeschön, für den Antrag. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass das nicht ganz korrekt ist, sowohl auf der Homepage der Stadt Eisenstadt gibt es Informationen zum Wärmepreisdeckel als auch bei der Bürgerservicestelle, auch im Amtsblatt wird auf diese Initiative hingewiesen. Was die Parteien in ihren Zeitungen und Social Media-Kanälen machen, glaube ich, kann nicht der Beschlusslage des Gemeinderates unterliegen. Insofern ist das Substrat dieses Antrages aus meiner Sicht nicht besonders hoch. Ungeachtet dessen, werde ich natürlich diesen Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung zur Abstimmung bringen.“

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der **Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung** mit den Stimmen der SPÖ-Gemeinderatsmitglieder – Vizebürgermeisterin Charlotte Toth-Kanyak, Elke Riener, Christoph Fertl, Andrea Fassl, Günter Kovacs sowie Christoph Kainz und mit den Stimmen der Grünen-Gemeinderatsmitglieder – Anja Haider-Wallner, Samara Sánchez Pöll sowie Dr. Siegfried Mörz und mit der Stimme des FPÖ-Gemeinderatsmitglieds Ing. Bernhard Skaumal gegen die Stimmen der ÖVP-Gemeinderatsmitglieder – Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner, Vizebürgermeister Istvan Deli, BA, Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth, Stadträtin Birgit Tallian, Stadtrat Stefan Lichtscheidl, Adelheid Hahnekamp, Josef Weidinger, Waltraud Bachmaier, Michael Bieber, MBA, Hermann Nährer, Silvia Bronkhorst, Gerald Hicke, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Andrea Dvornikovich, DI Otto Prieler sowie Daniel Janisch mehrheitlich nicht zum Beschluss erhoben wurde.

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Damit erfolgt keine Erweiterung der Tagesordnung.“

Darauf wird in die Tagesordnung eingegangen.

1. Ehrenzeichenverleihung, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erstattet folgenden

Bericht

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 16.01.1981 wurde die Möglichkeit geschaffen, verschiedene Ehrenzeichen an Personen für Leistungen und Verdienste, die der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt zur Ehre oder zum Nutzen gereichen, zu verleihen. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt hat in seiner Sitzung am 01.07.2024 auf Basis des § 5 des Eisenstädter Stadtrechtes Ehrungsrichtlinien beschlossen. Aufgrund seiner Leistungen für die Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt soll Dr. Peter Hajek sen. das Verdienstkreuz in Gold für seine Tätigkeit und außerordentlichen Leistungen im Österreichischen Touristenklub - Sektion Eisenstadt verliehen werden.

- ab 2012 Vorstandsmitglied beim ÖTK Eisenstadt
- von 2014-2021 Wegereferent (ab 2017 auch Kassier)
- Besondere Leistung: Planung und Umsetzung des aktuellen Wanderwegeleitsystems im Leithagebirge
- Diese Tätigkeiten übte er bis 2021 aus und musste er aufgrund seines Gesundheitszustandes seine Funktionen leider zurücklegen.

BESCHLUSSANTRAG

Auf Antrag von Bürgermeister Mag. Thomas Steiner vorgeschlagen, möge der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt Herrn Dr. Peter Hajek sen. als Anerkennung für seine Tätigkeit und außerordentlichen Leistungen im Österreichischen Touristenklub - Sektion Eisenstadt, das Verdienstkreuz in Gold verleihen.

Die Ehrenzeichenverleihung soll auf Wunsch der Familie in kleinem Rahmen stattfinden.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

2. Jugend-Bürgerbudget Projekte 2024, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erstattet folgenden

Bericht

Aus dem Budget der Stadt Eisenstadt werden für jeden Stadtteil (Eisenstadt Stadt, St. Georgen und Kleinhöflein) pro Jahr € 35.000,- bereitgestellt. Da 2024 als „Jahr der nächsten Generation“ ausgerufen wurde, ist das Bürgerbudget heuer ein Jugendbürgerbudget. Das bedeutet, dass die Projekte ausschließlich den Kindern und Jugendlichen in Eisenstadt zugutekommen sollen.

Die Summe kann auch heuer auf mehrere Projekte aufgeteilt werden. Es sollen gemeinsam mit der Jugend und Mitarbeitern des Magistrates Eisenstadt, unter Ausschluss von politischen Vertretern (Mitglieder des Gemeinderates), Projektideen gefunden, diskutiert und dann umgesetzt werden.

Im Rahmen von Jugendbürgerbudgetabenden in den drei Stadtteilen haben nun engagierte Jugendliche bis 25 Jahre die eingereichten Projektideen diskutiert und die Projekte für das Jahr 2024 erarbeitet.

Folgende Projekte wurden durch die engagierten Jugendlichen im Stadtteil Eisenstadt zur Umsetzung nominiert und sollen durch den Stadtbezirksausschuss Eisenstadt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt empfohlen werden:

Stadtbezirk Eisenstadt:

Basketballkorb beim E_Cube

Der Bedarf nach Basketballplätzen steigt, sicherlich auch aufgrund der erfolgreichen Eisenstädter Mannschaften. Die Jugendlichen wünschen sich einen weiteren Platz, auf dem sie spielen können. Daher sollen für den Hartplatz beim E_Cube zwei Basketballkörbe angekauft und eine Markierung errichtet werden.

Budget: € 15.000,-

Box Sack im JiM

Das Jugendzentrum JiM in Eisenstadt hat sich schon zu einem beliebten Treffpunkt für die Eisenstädter Jugend entwickelt. Um ein möglichst breites Angebot bieten zu können, soll im Außenbereich ein Boxsack montiert werden.

Budget: € 1.000,-

Zweites Sofa im JiM

Da immer mehr Jugendliche im JiM Zeit verbringen, wird ein zweites Sofa benötigt. So können alle gleichzeitig sitzen.

Budget: € 2.000,-

Jahresprogramm und Ausstattung JiM

Das restliche Budget soll in die Jahresplanung 2025 fließen oder auch in neue Ausstattung, die benötigt wird. Mit diesem Geld könnte z.B. ein Sommerfest organisiert werden oder ein Spind zum Versperren gekauft werden.

Budget: € 17.000

Stadtbezirk Kleinhöflein:**Grillplatz beim Jugendzentrum**

Das neue Jugendzentrum für die Kleinhöfleiner Jugend soll im September eröffnet werden. Laufend soll noch Ausstattung dazukommen, so auch ein Grillplatz im Freien, der die Aufenthaltsqualität noch weiter verbessert.

Budget: € 25.000,-

Billardtisch im Jugendzentrum

Um der Jugend ein möglichst breites Angebot bieten zu können, soll wenn möglich ein alter Billardtisch repariert und im Haus des Jugendzentrums aufgestellt werden. Falls das nicht funktioniert, kann mit dem Budget auch ein neuer angekauft werden.

Budget: € 5.000,-

Veranstaltungen und Ausstattung

Das restliche Budget soll in Veranstaltungen oder weitere Ausstattung fließen. So können noch Möbel gekauft werden oder die Verpflegung für ein Fest.

Budget: € 5.000,-

Stadtbezirk St. Georgen:**Platz für die St. Georgener Jugend**

In St. Georgen hat sich ein neuer Verein, die „Jugend St. Georgen“, gegründet. Ziel ist es, die sozialen Kontakte der Jugendlichen zu fördern und bei jeglichen Lebenslagen zu unterstützen. Dafür sollen Treffen, Ausflüge, Workshops und Vorträge organisiert werden. Dafür braucht die Jugend auch einen Vereinssitz bzw. einen Ort, wo Treffen stattfinden können. Dafür eignet sich der kleine Veranstaltungssaal im

neuen Kommunikationszentrum in St. Georgen. Dieser soll aus dem Budget des heurigen Jugendbürgerbudgets auch für die Jugend nutzbar gemacht werden. Dafür braucht es beispielsweise einen Kühlschrank, versperrbare Schränke, Fernseher, Sitzgelegenheiten, Spielmöglichkeiten, wie Darts etc. Die Jugend soll in die Planungsphase miteingebunden werden.

Budget: € 35.000,-

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge die Umsetzung der oben genannten Jugendbürgerbudgetprojekte in den Stadtteilen Eisenstadt, St. Georgen und Kleinhöflein im Jahr 2025 beschließen.

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Günter Kovacs das Wort. Dieser führt aus:

„Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Natürlich werden wir dort zustimmen, es ist wichtig, die Jugend zu unterstützen. Die ersten Projekte, die Du erwähnt hast, im Park ist dieser Motorik.....Wo ist der?“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Waldlehrpfad.“

Gemeinderat Günter Kovacs:

„Waldlehrpfad. Und das ist ein tolles Projekt, weil es öffentlich zugänglich ist und weil man da alle daran teilhaben lassen. Ich habe damals schon in Kleinhöflein gesagt, bei der Stadtbezirkssitzung, es ist wichtig, dass wir das barrierefrei machen, wenn es Steuergeld ist, dass es nicht vereinsgebunden ist, dass jeder teilhaben kann. Jetzt haben wir aber in Kleinhöflein eben die Situation, aber und auch in St. Georgen, dass es nur über einen Verein möglich ist, dort teilzunehmen. Ich würde schon anregen, dass man das eben so gestaltet, dass man nicht beim Verein dabei sein muss, um diese Annehmlichkeiten auch zu nützen. Dankeschön.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Danke für den Hinweis. Es ist so, dass wir in Kleinhöflein und jetzt auch in St. Georgen in Wahrheit diese Struktur wieder haben, wie wir sie früher gehabt haben. Früher waren das ja in beiden Stadtteilen „Landjugendvereine“ oder „Landjugendorganisationen“, die quasi in Eigenverwaltung diese Aktivitäten gemacht

haben und das soll jetzt auch passieren, was aber nicht bedeutet, dass nicht andere Jugendliche hinkommen können. Das war ja früher genauso, also insofern ist es eben notwendig, eine Struktur zu haben. Es muss jemanden geben, der dort sozusagen die Verantwortung auch übernimmt, weil ja das von den Jugendlichen selber auch sozusagen in Schuss gehalten wird und sie auch die Verantwortung dafür haben, dass dort die Dinge auch ordentlich ablaufen. Wenn dort aber Jugendliche hinkommen, und das war ja auch immer so, sowohl in Kleinhöflein als auch in St. Georgen, war es nicht notwendig, dort Mitglied zu sein. Das wird sicherlich auch in beiden Fällen auch jetzt der Fall sein. Aber es wird jetzt nicht so der Fall sein, dass man als Einzelner jederzeit dorthin gehen kann. Es ist eben auf die Öffnungszeiten beschränkt bzw. auch auf die Zeit, wo eben die Jugendlichen dort Aktivitäten entfalten. Im Gegensatz zum Jugendzentrum in Eisenstadt, wo wir ein klassisches Jugendzentrum sozusagen installiert haben, wo jeder Jugendliche auch natürlich nur zu den Öffnungszeiten, teilnehmen kann. Aber das wird sich in Kleinhöflein und St. Georgen gut einspielen und wird kein Problem sein.“

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

3. Heizkostenzuschuss 2024/2025, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Waltraud Bachmaier das Wort. Diese führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Frau Magistratsdirektorin, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörer!

Ich erstatte nun folgenden

Bericht

In den letzten Jahrzehnten wurde von der Freistadt Eisenstadt für einkommensschwache Haushalte ein Heizkostenzuschuss gewährt. Die Tradition sollte fortgeführt werden.

In der Heizsaison 2023/2024 gingen 127 Anträge ein. 114 Zuschüsse wurden gewährt, 13 Anträge waren davon negativ.

In Summe wurden € 22.800,-- ausbezahlt. Jeder Antragsteller erhielt pro Haushalt € 200,--.

Es wird daher der Antrag gestellt, dieser Personengruppe auch für die Heizperiode 2024/2025 einen Heizkostenzuschuss zu gewähren, und zwar in Höhe von € 200,-- pro Haushalt.

Anspruchsberechtigt für das Jahr 2024/2025 sind:

1. Pensionistinnen und Pensionisten, die 2024/2025 eine Ausgleichszulage beziehen (Mindestpension)
2. Personen mit Anspruch auf die Hilfeleistung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung bzw. Leistungen nach dem Bgld. Sozialunterstützungsgesetz im Jahr 2024
3. Personen, deren Einkommen unter dem ASVG-Richtsatz liegt

Ab 01.01.2025 gelten die Richtsätze für das Jahr 2025.

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Freistadt Eisenstadt möge beschließen, dass für die Heizperiode 2024/2025 folgenden anspruchsberechtigten Personen mit Hauptwohnsitz in Eisenstadt ein Heizkostenzuschuss gewährt wird.

Anspruchsberechtigt für das Jahr 2024/2025 sind:

- 1. Pensionistinnen und Pensionisten, die 2024 eine Ausgleichszulage beziehen (Mindestpension)**
- 2. Personen mit Anspruch auf die Hilfeleistung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung bzw. Leistungen nach dem Bgld. Sozialunterstützungsgesetz im Jahr 2024**
- 3. Personen, deren Einkommen unter dem ASVG-Richtsatz liegt**

Der einmalige Heizkostenzuschuss für die Heizperiode 2024/2025 beträgt pro Haushalt Euro 200,--.

Der Antrag ist vom 01.11.2024 bis 31.03.2025 beim Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt unter Vorlage des gesamten Familiennetteinkommens einzubringen.

Für die Aktion Heizkostenzuschuss 2024/2025 wird ein Betrag von Euro 40.000,-- zur Verfügung gestellt. Die notwendige Deckung ist im Kapitel 459-757- sozialpolitische Maßnahmen gegeben.

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Günter Kovacs das Wort. Dieser führt aus:

„Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Wir haben im Ausschuss darüber beraten und sind uns auch einig geworden, dass wir den Heizkostenzuschuss natürlich in dieser Form mit € 200,-- unterstützen. Jedoch, und wir hatten es schon vor 2 Jahren, Frau Kollegin Bachmaier hat es gut gesagt, sind das Menschen die wenig haben, die auch in den letzten Jahren an der Inflation leiden. Wir hatten 2023 von der Stadt, und das habe ich als sehr angenehm empfunden, € 100,-- mehr Unterstützung für diesen Personenkreis. Frau Kollegin Bachmaier hat es gesagt, wir haben budgetiert € 40.000,--, haben aber lediglich nur mehr € 22.000,-- im vorigen Jahr dafür verwendet, weil die Antragssteller weniger wurden, es sind nur mehr 130 Antragssteller. Ich möchte heute einen Antrag stellen, dass wir diese Aktion, die wir vor 2 Jahren hatten, nämlich 2023, weiterhin fortführen, weil die Inflation ja noch immer da ist, diese € 100,-- pro Menschen, die eben weniger haben, und ich möchte das auch begründen. Wir haben vor wenigen Monaten hier beschlossen, dass Unternehmer - das war auch eine gute Entscheidung – Kleinunternehmer in Eisenstadt, die ein Geschäft haben, weiterhin eine Förderung bekommen. Das war wichtig und richtig so und dann sollte uns auch bei den Menschen, die sich weniger leisten können, auch das wert sein. Da geht es in Wahrheit um € 13.000,-- mehr im Budget. Das glaube ich, können wir uns als Stadtgemeinde Eisenstadt auch leisten, und das ist auch notwendig. Daher stelle ich folgenden Antrag, den von damals gestellten Bonus, diesen Gutschein von € 100,-- weiterhin für Menschen einzusetzen, die weniger haben und die auch unterstützungswürdig sind. Dankeschön.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ja, ich möchte nur dazu ausführen, dass diese einmalige Aktion damals wirklich auf Grund der hohen Inflation und der hohen Energiepreise erfolgt ist. Diese Inflation ist jetzt bei unter 2 %, also im Bereich der normal ist. Damals waren wir bei zweistelligen Inflationszahlen, die Energiepreise waren extrem hoch, die sind alle wieder sozusagen auf ein halbwegs normales Niveau gekommen. Und deswegen ist aus

meiner Sicht das jetzt nicht notwendig, diese zusätzliche Förderung zu machen. Herr Klubobmann Fertl hat zu Recht auf die großzügige Unterstützung des Landes über den Wärmepreisdeckel hingewiesen, wo diese Einkommensbezieher bis zu € 2.000,- für die Unterstützung beim Heizen und bei den Energiekosten bekommen können. Diese € 200,--, die wir bereitstellen, die kommen ja noch on top dazu, und es gibt meines Wissens keine andere Gemeinde, keine andere Stadt im Burgenland, die einen derartig hohen Heizkostenzuschuss gewährt. Ganz im Gegenteil, viele Gemeinden haben auf Grund des Wärmepreisdeckels ihre Heizkostenzuschüsse sogar eingestellt. Also insofern glaube ich, ist das schon korrekt, wenn wir diese € 200,-- weiter bezahlen, aber jetzt eben diesen zusätzlichen einmaligen Bonus, wie er damals auch betitelt worden ist, auf Grund dieser besonderen wirtschaftlichen Umstände eben nicht gewähren. Aber natürlich werde ich diesen Abänderungsantrag entsprechend zur Abstimmung bringen. Nein, es gibt noch eine Wortmeldung.“

Gemeinderat Ing. Bernhard Skaumal:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann das nur unterstützen. Wir waren, so glaube ich, alle in den letzten Tagen, Wochen, Monaten viel in Eisenstadt unterwegs im Zuge der Wahlkämpfe usw., und das erste Thema, das wir immer draußen auf den Straßen hören, wenn man mit den Menschen in Kontakt ist, es geht sich „hinten und vorne“ nicht aus. Ich glaube, das ist eine Personengruppe in Eisenstadt, die überschaubar ist, hat auch schon Günter richtig gesagt, ich plädiere auch darauf, dass man die € 300,-- in Summe den Menschen zugutekommen lässt. Man braucht sich nur denken, vor der ganzen Teuerung hat der Sprit ungefähr bei 0,90 Cent bis € 1,00 gekostet, dann ist er auf € 1,90 und jetzt sind wir bei € 1,50, das heißt, er hat sich immer noch um 50 % erhöht, das wirkt sich natürlich auch bei den Wärmekosten aus, auch wenn es ein bisschen zurückgegangen ist. Es ist nicht um das zurückgegangen, was es vorher gestiegen ist. Also ich plädiere auch für diese € 300,--.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Kosten..... € 0,90 Cent für Benzin ist schon sehr lange her..... „

Gemeinderat Günter Kovacs:

„Ich möchte jetzt schon noch einen Satz dazu sagen. Herr Bürgermeister, Du hast vorhin gesagt, dass die Inflation zurückgegangen ist, dass der Strompreis zurückgegangen ist. Wir haben es aber für kleine Unternehmer gemacht, und für die Unternehmer ist der Strompreis auch zurückgegangen, ist die Inflation auch zurückgegangen, und wir haben diese gute Aktion für Unternehmer auch verlängert, was den Mietzuschuss in der Innenstadt betrifft. Da haben wir eben verlängert, und da geht es um andere Beträge, also vielleicht kann man da nochmal das ganze überdenken, an die Kollegen der ÖVP, vielleicht kann man an die, die es brauchen, auch denken. Danke.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Gut. Man kann Äpfel mit Birnen natürlich vergleichen, das ist jedem unbenommen. Das hat aber miteinander relativ wenig zu tun. Aber ich nehme es natürlich zur Kenntnis.“

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der **Abänderungsantrag** von Herrn Gemeinderat Günter Kovacs mit den Stimmen der SPÖ-Gemeinderatsmitglieder – Vizebürgermeisterin Charlotte Toth-Kanyak, Elke Riener, Christoph Fertl, Andrea Fassl, Günter Kovacs sowie Christoph Kainz und mit den Stimmen der Grünen-Gemeinderatsmitglieder – Anja Haider-Wallner, Samara Sánchez Pöll sowie Dr. Siegfried Mörz und mit der Stimme des FPÖ-Gemeinderatsmitglieds Ing. Bernhard Skaumal gegen die Stimmen der ÖVP-Gemeinderatsmitglieder – Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner, Vizebürgermeister Istvan Deli, BA, Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth, Stadträtin Birgit Tallian, Stadtrat Stefan Lichtscheidl, Adelheid Hahnekamp, Josef Weidinger, Waltraud Bachmaier, Michael Bieber, MBA, Hermann Nährer, Silvia Bronkhorst, Gerald Hicke, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Andrea Dvornikovich, DI Otto Prieler sowie Daniel Janisch mehrheitlich nicht zum Beschluss erhoben wurde

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest, mit den Stimmen der ÖVP, der Grünen, der FPÖ, des Gemeinderats Fertl“

- Zwischenrufe -

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Bitte?“

- Zwischenrufe –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Aber Du hast nicht aufgezeigt. Na was jetzt?“

- Zwischenrufe –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Also alle..... gut, damit stelle ich die einstimmige Annahme fest.“

- Zwischenrufe –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Naja, weiß ich ja nicht. Entschuldigung.“

- Zwischenrufe –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Bitte?“

- Zwischenrufe –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ja, aber im Stadtrecht ist die Zustimmung mit Handzeichen zu geben, und wenn jemand die Hand nicht hebt, dann kann ich das grundsätzlich nicht als Zustimmung werten. Das wäre ein bisschen schwierig, weil dann wären wir immer einstimmig. Das ist auch okay.“

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der **Hauptantrag** einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

4. Senioren-Tagesbetreuung 2025, Beratung und Beschlussfassung

Beim Tagesordnungspunkt 4 ist Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner gemäß § 47 Abs. 1 Z 1 Eisenstädter Stadtrecht von der Beratung und Beschlussfassung wegen Befangenheit ausgeschlossen.

- Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner verlässt von 19:22 Uhr bis 19:24 Uhr den Saal -

Herr Vizebürgermeister Istvan Deli, BA übernimmt während dieser Zeit den Vorsitz.

Der Vorsitzende Vizebürgermeister Istvan Deli, BA erteilt Frau Gemeinderätin Waltraud Bachmaier das Wort. Diese erstattet folgenden

Bericht

Das Burgenländische Hilfswerk betreibt seit 01.09.2009 die Seniorenpension Eisenstadt, in 7000 Eisenstadt, Ing. Alois Schwarz-Platz 3.

Um auch den Bedarf der teilstationären Versorgung abzudecken, wurden in der Seniorenpension Eisenstadt die räumlichen und personellen Voraussetzungen geschaffen, damit auch eine Senioren-Tagesbetreuung angeboten werden kann.

Diese Form der Betreuung wird vom Land Burgenland gefördert und finanziell unterstützt.

Die Höhe der Landesförderung richtet sich nach dem monatlichen Nettoeinkommen.

Damit alle EisenstädterInnen, die diese Art der Pflege benötigen, auch finanziell in der Lage sind, diese Betreuungsform in Anspruch zu nehmen, wurde vom Gemeinderat in der Sitzung vom 30.09.2009 eine zusätzliche Förderung der Senioren-Tagesbetreuung von maximal € 25.-- je Betreuungstag beschlossen.

5 Eisenstädter Personen nehmen aktuell dieses Betreuungsangebot in Anspruch.

Seitens der Stadt sollte diese Betreuungsform auch weiterhin gefördert werden.

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Freistadt Eisenstadt möge beschließen, dass den Eisenstädter Bürgerinnen und Bürgern, die die Seniorentagesbetreuung in der Seniorenpension Eisenstadt in Anspruch nehmen, eine Unterstützung von maximal Euro 25.-- je Betreuungstag gewährt wird, wobei die Gesamtförderung (Land u. Stadt) die Betreuungskosten nicht überschreiten darf.

Diese Aktion ist vorerst mit 31.12.2025 befristet.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner übernimmt wieder ab TOP 5 den Vorsitz.

5. Bildungscampus – Projektentwicklung Burgenland GmbH, Baurechtsvertrag, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Silvia Bronkhorst das Wort. Diese führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, werte Gäste!

Ich erstatte nun folgenden

Bericht

Die Freistadt Eisenstadt wird auf Basis des Teilungsplanes G.Z. 18526/23 der Herren Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, staatlich befugte und beedete Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen, 7000 Eisenstadt, neue grundbücherliche Eigentümerin der Grundstücke Nr. 2436/11 und Nr. 2465, beide KG 30003 Eisenstadt.

Diese beiden Grundstücke bilden nunmehr den Gegenstand dieses Baurechtsvertrages. Sowohl der Baurechtsvertrag als auch der Mietkaufvertrag werden mit der aufschiebenden Bedingung des Kaufes der beiden in den Verträgen genannten Liegenschaften abgeschlossen.

Ziel ist die Errichtung eines Kindergartens und einer Volksschule. Als Bauzins wird ein jährlicher Betrag von € 54.000,-- exkl. USt. vereinbart. Das Baurecht läuft bis zum 30.05.2052.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz richtet daher an den Gemeinderat der Freistadt Eisenstadt folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge seine Zustimmung zu dem beiliegenden Baurechtsvertrag mit der PEB (Projektentwicklung Burgenland GmbH) zwecks Errichtung eines neuen Kindergartens und einer neuen Volksschule bei der Leichtathletikanlage beschließen.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

6. Bildungscampus – Projektentwicklung Burgenland GmbH, Mietkaufvertrag, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Silvia Bronkhorst das Wort. Diese erstattet folgenden

Bericht

Die PEB – Projektentwicklung Burgenland GmbH ist bis zum 30.05.2052 Baurechtsberechtigte bezüglich der Grundstücke Nr. ■■■■■■ und Nr. ■■■■ auf Basis des Teilungsplanes G.Z. ■■■■■■■■ der Herren Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, staatlich befugte und beeidete Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen, 7000 Eisenstadt.

Sowohl der Baurechtsvertrag als auch der beiliegende Mietkaufvertrag werden mit der aufschiebenden Bedingung des Kaufes der beiden in den Verträgen genannten Liegenschaften abgeschlossen.

Ziel ist die Errichtung eines Kindergartens und einer Volksschule auf Basis der dem Mietkaufvertrag angehängten Kooperationsvereinbarung. Grundlage für den beiliegenden Mietkaufvertrag ist die bereits vorliegende Planstudie und eine Grobkostenschätzung. Das Vertragsobjekt steht bis Baurechtsende im zivilrechtlichen Eigentum der PEB – Projektentwicklung Burgenland GmbH. Bis zum Baurechtsende vermietet die PEB – Projektentwicklung Burgenland GmbH an die Freistadt Eisenstadt gemäß den Bestimmungen dieses Vertrages. Bei Baurechtsende geht das Bauwerk (Kindergarten und Schule) in das Eigentum der Freistadt Eisenstadt über.

Das monatliche Mietentgelt für den Teil des Kindergartens des Vertragsobjektes beträgt € 7.759,56 netto zuzüglich USt. auf Basis der Errichtungskosten und der Finanzierungskosten von derzeit € 3.803.003,21 netto.

Das monatliche Mietentgelt für den Teil der Volksschule des Vertragsobjektes beträgt € 24.927,19 netto auf Basis der Errichtungskosten und der Finanzierungskosten von derzeit € 10.794.589,86 netto.

Auf dieser Grundlage soll der beiliegende Mietkaufvertrag inkl. sämtlicher Beilagen beschlossen werden.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz richtet daher an den Gemeinderat der Freistadt Eisenstadt folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge seine Zustimmung zu dem beiliegenden Mietkaufvertrag inkl. sämtlicher Beilagen mit der PEB (Projektentwicklung Burgenland GmbH) zwecks Errichtung eines neuen Kindergartens und einer neuen Volksschule bei der Leichtathletikanlage beschließen.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

7. Vergabe Stadtvilla, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Silvia Bronkhorst das Wort. Diese erstattet folgenden

Bericht

Der Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt hat für das Projekt „Stadtvilla Eisenstadt“ die für die museale Ausgestaltung und für die Gartengestaltung notwendigen Gewerke in Direktvergabe ausgeschrieben. Die Ausschreibung, Öffnung und Prüfung der ordnungsgemäß abgegebenen Gewerke erfolgte durch die Abteilung Marketing & Kultur bzw. durch die Abteilung Bauen und Straße.

Die entsprechenden Prüfberichte liegen bei.

Für das Jahr 2024/2025 sollen daher laut budgetären Mitteln folgende Gewerke beauftragt werden:

Nachfolgende Gewerke sollen in Direktvergabe vergeben werden:

1. Gewerk Restaurator:

Modellart	
Zeltgasse 12/Stg.2/7 1080 Wien	€ 28.140,-- exkl. Ust.

2. Gewerk Konzeption Museumsmöbel

Robert Rűf	
Mariahilfer Straße 9/7 1060 Wien	€ 20.790,-- exkl. Ust

3. Gewerk Visualisierung

Markus Reumann

Weinbergstraße 16 | 3385 Prinzersdorf

€ 2.520,-- exkl. Ust

4. Gewerk Kuration

Bespoke Communications

Grundsteingasse 35/1 | 1160 Wien

€ 30.000,-- exkl. Ust

5. Gewerk Raumausstattung

Graf & Partner

Wilhelm-Exner-Gasse 30 | 1090 Wien

€ 4.949,84 exkl. Ust

6. Gewerk Bauaufsicht Ausstellungsaufbau

Bespoke Communications

Grundsteingasse 35/1 | 1160 Wien

€ 7.150,-- exkl. Ust

7. Gewerk Beschriftung

Doneiser GmbH

Penzinger Straße 150 | 1140 Wien

€ 6.614,-- exkl. Ust

8. Gewerk Tischler I

Hoffmann & Söhne Ges.m.b.H

Ruster Straße 118 | 7000 Eisenstadt

Wandverkleidung – Zeitleiste

€ 9.824,-- exkl. Ust

Küche – Salettl

€ 16.457,-- exkl. Ust

Küche – Backoffice Personal

€ 6.638,-- exkl. Ust

9. Gewerk Tischler II

Selmer GmbH

Wenger Straße 3 | 5203 Köstendorf

Ausstattung Aula & Garderobe

€ 8.978,82 exkl. Ust

Stühle Salettl & Gartenmöblierung

€ 20.524,-- exkl. Ust

10. Gewerk Contenterstellung/Programmierung

CAT-X Exhibitions Prix KG

Kaulbachstraße 21 | 1120 Wien

€ 71.740,-- exkl. Ust

11. Gewerk HandsOn

Der Prototyp

Preysingasse 5/14 | 1150 Wien

€ 17.500,-- exkl. Ust

12. Medientechnik Hardware

7Reasons Medien GmbH

Seefeldgasse 72 | 3462 Absdorf

€ 18.347,60 exkl. Ust.

13. Gewerk Medientechnik Montage

CAT-X Exhibitions Prix KG

Kaulbachstraße 21 | 1120 Wien

€ 21.500,-- exkl. Ust

14. Gewerk Ausstellungsgrafik und Display

Bespoke Communications
Grundsteingasse 35/1 | 1160 Wien € 87.340,-- exkl. Ust

15. Gewerk Walzenmalerei

Georg Scheibenbauer
Mühlwiesengasse 2 | 7453 Steinberg-Dörfel € 8.596,10 exkl. Ust

16. Gewerk Arthandling

Say. Say. Say.
Museumsplatz 1 | 1070 Wien € 40.000,-- exkl. Ust

17. Gartengestaltung

MALY Gartengestaltung GmbH & Co KG
Buchgrabenweg 55 | 7000 Eisenstadt € 49.957,50 exkl. Ust

Die eingereichten Angebote wurden rechnerisch, wirtschaftlich, juristisch und technisch geprüft.

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge die Vergabe der entsprechenden Aufträge gemäß Bundesvergabegesetz 2018 für das Projekt „Stadtvilla Eisenstadt“ entsprechend der budgetären Mittel an nachstehende Firmen beschließen:

1. Gewerk Restaurator:

Modellart
Zeltgasse 12/Stg.2/7 | 1080 Wien € 28.140,-- exkl. Ust.

2. Gewerk Konzeption Museumsmöbel

Robert Rüb
Mariahilfer Straße 9/7 | 1060 Wien € 20.790,-- exkl. Ust

3. Gewerk Visualisierung

Markus Reumann
Weinbergstraße 16 | 3385 Prinzersdorf € 2.520,-- exkl. Ust

4. Gewerk Kuration

Bespoke Communications
Grundsteingasse 35/1 | 1160 Wien € 30.000,-- exkl. Ust

5. Gewerk Raumausstattung

Graf & Partner
Wilhelm-Exner-Gasse 30 | 1090 Wien € 4.949,84 exkl. Ust

6. Gewerk Bauaufsicht Ausstellungsaufbau

Bespoke Communications

Grundsteingasse 35/1 | 1160 Wien

€ 7.150,-- exkl. Ust

7. Gewerk Beschriftung

Doneiser GmbH

Penzinger Straße 150 | 1140 Wien

€ 6.614,-- exkl. Ust

8. Gewerk Tischler I

Hoffmann & Söhne Ges.m.b.H

Ruster Straße 118 | 7000 Eisenstadt

Wandverkleidung – Zeitleiste

€ 9.824,-- exkl. Ust

Küche – Salettl

€ 16.457,-- exkl. Ust

Küche – Backoffice Personal

€ 6.638,-- exkl. Ust

9. Gewerk Tischler II

Selmer GmbH

Wenger Straße 3 | 5203 Köstendorf

Ausstattung Aula & Garderobe

€ 8.978,82 exkl. Ust

Stühle Salettl & Gartenmöblierung

€ 20.524,-- exkl. Ust

10. Gewerk Contenterstellung/Programmierung

CAT-X Exhibitions Prix KG

Kaulbachstraße 21 | 1120 Wien

€ 71.740,-- exkl. Ust

11. Gewerk HandsOn

Der Prototyp

Preysinggasse 5/14 | 1150 Wien

€ 17.500,-- exkl. Ust

12. Medientechnik Hardware

7Reasons Medien GmbH

Seefeldgasse 72 | 3462 Absdorf

€ 18.347,60 exkl. Ust.

13. Gewerk Medientechnik Montage

CAT-X Exhibitions Prix KG

Kaulbachstraße 21 | 1120 Wien

€ 21.500,-- exkl. Ust

14. Gewerk Ausstellungsgrafik und Display

Bespoke Communications

Grundsteingasse 35/1 | 1160 Wien

€ 87.340,-- exkl. Ust

15. Gewerk Walzenmalerei

Georg Scheibenbauer

Mühlwiesengasse 2 | 7453 Steinberg-Dörfel

€ 8596,10 exkl. Ust

16. Gewerk Arthandling

Say. Say. Say.

Museumsplatz 1 | 1070 Wien

€ 40.000,-- exkl. Ust

17. Gartengestaltung

MALY Gartengestaltung GmbH & Co KG
Buchgrabenweg 55 | 7000 Eisenstadt

€ 49.957,50 exkl. Ust

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat Dr. Siegfried Mörz das Wort. Dieser führt aus:

„Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe da nur eine kleine Frage dazu. Mich würde interessieren, ob es zu diesen Gewerken, ob pro Gewerk Alternativangebote eingeholt worden sind oder einfach direkt?“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Direktvergabe bedeutet, dass man Angebote einholen muss.....“

Gemeinderat Dr. Siegfried Mörz:

„..... einholt und dann direkt..... ja, okay.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Sind alle da in der Mappe zum Durchschauen.“

Gemeinderat Dr. Siegfried Mörz:

„Okay, danke.“

Gemeinderat Christoph Fertl:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, werte Gäste und Medienvertreter!

Die einzelnen Gewerke sind ausgeschrieben worden und ich glaube, wenn man sieht, dass bis nach Wien, Prinzendorf und alles mögliche, Zuschläge gegeben worden sind, dann ist das sehr korrekt alles abgelaufen, und wir haben auch Einsicht haben können. Was mir ein bisschen Sorgen macht, ist ehrlich gesagt, die Summe mittlerweile. Ich habe mir ein bisschen die alten Gemeinderatsprotokolle durchgelesen, und da war immer die Rede von € 2 Millionen, es war immer die Rede vom hinteren Gebäude, jetzt kommt das vordere Gebäude dazu bzw., im Gespräch ist jetzt noch etwas dazu gekommen. Ich glaube, dass wir mit den € 2,4 Millionen wahrscheinlich gar nicht auskommen werden. Es sind auch verschiedene Positionen dabei mit € 87.000,-, Position 14 „Gewerk Ausstellungsgrafik und Display“, es ist zwar richtig ausgeschrieben worden, ich weiß aber nur nicht, ob bei der großen

Summe das auch alles notwendig ist. Prinzipiell sind wir für diese Stadtvilla, aber bei diesen Summen ist es mittlerweile so, dass der Vertrag ja nur mal für 25 Jahre ist, mit Option auf Verlängerung. Das heißt, wenn das mit € 2,4 Millionen, sind das dann pro Monat € 8.000,-- ohne Miete, was es dann quasi dem Steuerzahler kostet. € 2,4 Millionen durch 25 durch 12 sind € 8.000,-- im Monat, das heißt, mit dem was ich herausgelesen habe, mit den € 600,-- Miete, wenn es bei dem Preis noch geblieben ist, sind wir dann bei knapp € 9.000,--, was schon dementsprechend viel ist und ich glaube, man hätte da ein bisschen einsparen können. Danke.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Vielleicht darf ich auch ganz kurz etwas dazu sagen. Nur über die Genese des Projektes, und wie das entstanden ist. Am 03. Mai 2021 haben wir einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss gefasst, wo wir diese Stadtvilla als Stadtmuseum, wo wir den Startschuss gegeben haben. Ich möchte auch in Erinnerung rufen, dass dieses Projekt ja vor allem auch das Kernstück des nächstjährigen Jubiläumsjahres „100 Jahre Eisenstadt“ sein wird. Wo quasi der geschichtliche Abschnitt nach dem Krieg besonders in den Fokus gerückt wird, ein Zeitabschnitt der bislang nicht besonders gut aufgearbeitet ist. Nur zur Erinnerung, wir haben damals beschlossen, diese Stadtvilla in Angriff zu nehmen, mit voraussichtlichen Kosten von € 2 Millionen, das ist korrekt. Was sich dann verändert hat, war, dass der vordere Teil dazugekommen ist. Da war ursprünglich das „Lerncafe“ untergebracht, dann ist das „Lerncafe“ dort ausgezogen, und damit hatten wir die Möglichkeit, auch den vorderen Teil mit in dieses museale Thema miteinzubinden. Dies wurde dann auch in der Steuerungsgruppe, wo alle Parteien vertreten waren, besprochen, und damals schon hatten wir diese € 2,5 Millionen in etwa am Radar und haben gesagt, dass es uns das kosten wird. Das ist auch damals entsprechend zustimmend zur Kenntnis genommen worden. Übrigens muss man da auch noch die € 160.000,-- Förderung aus der LAG abziehen, wenn man es jetzt ganz korrekt nimmt. Wie gesagt, das war sozusagen die Entstehungsgeschichte dieses Projektes. Ich möchte auch die Gelegenheit nutzen, um mich bei Frau Mag.^a Kroemer zu bedanken, die hier hauptverantwortlich ist und auch anwesend ist, für dieses Projekt, und wo wirklich extrem viel Arbeit, Leidenschaft und Herzblut hineingelegt worden ist. Nicht nur von ihr sondern auch vom gesamten Team, wie dem Dr. Faymann, den Historikern, die hier mitgearbeitet haben. Das ist ja ein Projekt, wo über Jahre daran gearbeitet worden ist, und sozusagen jetzt, kurz vor Abschluss des Projekts zu sagen, naja,

eigentlich ist es uns doch zu teuer, kann man natürlich sagen, allerdings würde ich schon bitten, dass man einfach diese Dinge, die wir beschlossen haben, und wo wir uns darauf geeinigt haben, dass man das auch entsprechend dann umsetzt. Es wäre ja jetzt irgendwie kurios zu sagen, jetzt hören wir auf und richten die Stadtvilla nicht ein, dann hätten wir ungefähr € 1,9 Millionen investiert und hätten kein Museum, also das wird sich nicht ausgehen. Ich wollte das nur dazu sagen. Natürlich kann man dazu stehen, wie man möchte, aber ich glaube, dass es erstens einmal ganz hervorragend aufgearbeitet ist, dass wir mit dieser Stadtvilla einen neuen Punkt haben, der im Bereich der Kultur und des Tourismus absolut Vorteile bringen wird. Wir sind da in engster Kooperation im Übrigen mit allen anderen Museen, mit dem Landesmuseum, mit dem jüdischen Museum, auch mit der Kaserne, wo ja auch gewisse museale Einrichtungen vorgesehen sind. Ich glaube schon, dass das ein Projekt ist, das durchaus wert ist, es zu Ende zu führen und dann auch entsprechend nächstes Jahr der Öffentlichkeit zu übergeben. Ich bin mir ziemlich sicher und bin davon überzeugt, dass das ein wichtiger und neuer Ankerpunkt in der Kultur und im Tourismus der Stadt sein wird. Aber wie gesagt, die Entscheidung, ob man da jetzt zustimmt oder nicht, muss jeder einzelne Gemeinderat natürlich treffen, keine Frage.“

Gemeinderat Christoph Fertl:

„Kurze Ergänzung nur zum Grundsatzbeschluss. Ein Grundsatzbeschluss besagt jetzt nicht, dass man alles zustimmen muss, was noch in nächster Zeit passiert. Wir waren dafür, wir sind auch für die Sanierung gewesen. Ich kann nur dazu sagen, da ich ja im Bauausschuss bin, haben wir immer wieder von 40 Jahren gesprochen. Die Neuinformation, die jetzt dazu gekommen ist, mit 25 Jahren, wird wahrscheinlich auch wo stehen, aber mit 25 Jahre und Option auf weitere 20 Jahre ist im Bauausschuss so nie kommuniziert worden, also immer 40 Jahre.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Also, ganz ehrlich, dieser Vertrag wurde im Gemeinderat beschlossen, ist auch jedem bekannt, und das war auch für alle von Anfang an transparent und klar. Du warst damals ja noch nicht im Gemeinderat. Insofern, insofern..... ja, aber....nur es ist halt die Beschlusslage. Aber egal..... das muss eh jeder für sich entscheiden.“

Gemeinderat DI Otto Prieler:

„Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, werte Damen und Herren!

Ich habe mir gerade den VPI-Rechner angesehen. In diesen 3 Jahren ist der Verbraucherpreisindex um 19,1 % gestiegen. € 2 Millionen plus 19 % sind € 2,4 Millionen, so über den Daumen. Das heißt, man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass sich die Welt in der Zwischenzeit geändert hat. Das heißt, wenn man mit einem höheren Volumen an Baumasse bzw. an das vordere Gebäude, mit € 2,4 Millionen auskommt, dann kommen wir genau mit dem aus, was wir eigentlich ursprünglich gesprochen haben. Inflation gibt es auch für die Gemeinde. Danke.“

Gemeinderat Ing. Bernhard Skaumal:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zur Ehrenrettung meines Vorgängers, Matthias Hahnekamp, ich glaube, es ist auch in den Gemeinderatsprotokollen der letzten Gemeinderatssitzung immer wieder zum Vorschein gekommen. Er hat es immer ganz klar geäußert, dass wir natürlich die Stadtvilla für erhaltenswert betrachten, aber sicherlich nicht in dem Ausmaß. Ich glaube, dass momentan die Menschen in Eisenstadt – und das habe ich auch schon immer wieder erwähnt – andere Probleme haben als wie eine Stadtvilla und die Kultur in diesem Ausmaß um € 2,4 Millionen zu bereichern. Ich möchte das nochmal klargestellt haben. Danke.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Gut, nehme ich zur Kenntnis. Aber wie gesagt, es ist eben schwierig, wenn man einen Beschluss fasst und dann nach 2 oder 3 Jahren draufkommt, eigentlich sind wir doch nicht dafür oder nicht richtig dafür. Irgendwie sage ich einmal, nach fast vor der Beendigung des Projekts zu sagen, naja, die letzte Investition wollen wir dann nicht, ist es auch schwierig. Das wäre ja ein Schildbürgerstreich, wenn wir jetzt sagen, die restlichen Investitionen tätigen wir nicht. Wir haben zwar € 1,9 Millionen investiert, aber den Rest investieren wir nicht, und dann lassen wir es eben so stehen, wie es ist ohne dass es nutzbar wäre..... also, insofern.... ja, wie gesagt, das muss eh jeder für sich entscheiden.“

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag mit den Stimmen der ÖVP-Gemeinderatsmitglieder – Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner, Vizebürgermeister Istvan Deli, BA, Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth,

Stadträtin Birgit Tallian, Stadtrat Stefan Lichtscheidl, Adelheid Hahnekamp, Josef Weidinger, Waltraud Bachmaier, Michael Bieber, MBA, Hermann Nährer, Silvia Bronkhorst, Gerald Hicke, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Andrea Dvornikovich, DI Otto Prieler sowie Daniel Janisch und mit den Stimmen der Grünen- Gemeinderatsmitglieder – Anja Haider-Wallner, Samara Sánchez Pöll sowie Dr. Siegfried Mörz gegen die Stimmen der SPÖ-Gemeinderatsmitglieder – Vizebürgermeisterin Charlotte Toth-Kanyak, Elke Riener, Christoph Fertl, Andrea Fassl, Günter Kovacs sowie Christoph Kainz und gegen die Stimme des FPÖ-Gemeinderatsmitglieds Ing. Bernhard Skaumal mehrheitlich zum Beschluss erhoben wurde.

8. Grundabtretung Teilungsentwurf G.Z. (Joseph Haydn Privathochschule), Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Silvia Bronkhorst das Wort. Diese erstattet folgenden

Bericht

Die Abtretung erfolgt entsprechend dem Teilungsplanentwurf GZ. der Herren Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, staatlich befugte und beeidete Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen.

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat möge beschließen:

Abtretung an das öffentliche Gut:

Die Freistadt Eisenstadt als Vertreterin des öffentlichen Gutes übernimmt auf Grund des Teilungsplanentwurfs GZ. der Herren Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, staatlich befugte und beeidete Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen, 7000 Eisenstadt, folgende Trennstücke in das öffentliche Gut:

Trennstückeliste von Grundstück					KG:	Eisenstadt	Seite
					KG Nr:	30003	258/1
					Abfrage:	01.10.2024	
Tr.Nr.	von Gst.Nr.	Fläche	EZ	KG	Eigentümer		
2	57	...	30003	Freistadt Eisenstadt		
3	161	30003	BELIG - Beteiligungs- und Liegenschafts GmbH		
6	607	...	30003	Freistadt Eisenstadt		
9	30	30003	BELIG - Beteiligungs- und Liegenschafts GmbH		
11	48	30003	BELIG - Beteiligungs- und Liegenschafts GmbH		
12	74	30003	BELIG - Beteiligungs- und Liegenschafts GmbH		
14	7	30003	BELIG - Beteiligungs- und Liegenschafts GmbH		

Obige Trennstücke werden als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) gewidmet und sind in nachstehende Grundstücke einzubeziehen:

Trennstückeliste zu Grundstück					KG:	Eisenstadt	Seite
					KG Nr:	30003	258/60
					Abfrage:	01.10.2024	
Tr.Nr.	zu Gst.Nr.	EZ	KG	Eigentümer			
2	▪	30003	Öffentliches Gut			
3	▪	30003	Öffentliches Gut			
6	30003	Freistadt Eisenstadt - Öffentliches Gut			
9	30003	Freistadt Eisenstadt - Öffentliches Gut			
11	30003	Freistadt Eisenstadt - Öffentliches Gut			
12	...	▪	30003	Öffentliches Gut			
14	30003	Freistadt Eisenstadt - Öffentliches Gut			

Durch diese Maßnahme werden die Wertgrenzen gem. § 85 des Eisenstädter Stadtrechtes nicht überschritten.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

9. Widmung Teilungsentwurf G.Z. (Joseph Haydn Privathochschule),

Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Silvia Bronkhorst das Wort. Diese erstattet folgenden

Bericht

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt nachfolgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gemäß § 12 Abs. 1 i.V.m. §§ 60 und 62 EisStR 2003 i.d.F. LGBl. Nr. 18/2022 wird verordnet:

V E R O R D N U N G

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt hat in seiner Sitzung am 23.10.2024 Folgendes beschlossen:

WIDMUNG

Nachstehende Teilstücke werden als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) gewidmet:

Trennstückeliste von Grundstück *****					KG:	Eisenstadt	Seite
					KG Nr:	30003	259/1
					Abfrage:	01.10.2024	
Tr.Nr.	von Gst.Nr.	Fläche	EZ	KG	Eigentümer		
2	*****	57	***	30003	Freistadt Eisenstadt		
3	*****	161	****	30003	BELIG - Beteiligungs- und Liegenschafts GmbH		
6	*****	607	***	30003	Freistadt Eisenstadt		
9	*****	30	****	30003	BELIG - Beteiligungs- und Liegenschafts GmbH		
11	*****	48	****	30003	BELIG - Beteiligungs- und Liegenschafts GmbH		
12	*****	74	****	30003	BELIG - Beteiligungs- und Liegenschafts GmbH		
14	*****	7	****	30003	BELIG - Beteiligungs- und Liegenschafts GmbH		

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

10. Ergänzung zum Mietvertrag vom 06. Juni 2008 mit der Eisenstadt Infrastruktur KG, Volksschule Eisenstadt, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat DI Otto Prieler das Wort. Dieser erstattet folgenden

Bericht

Mit Mietvertrag vom 06. Juni 2008 hat die Freistadt Eisenstadt von der Eisenstadt Infrastruktur KG sämtliche auf den Grundstücken Nr. 329 und 330/1 befindlichen Baulichkeiten angemietet. Auf diesen Grundstücken mit der Liegenschaftsadresse Bahnstraße 2 und Bahnstraße 4 ist die Volksschule Eisenstadt errichtet.

Mit der Ergänzung vom 01.07.2010 zum Mietvertrag vom 06. Juni 2008 wurde wegen des höheren Wertes des Mietobjektes der jährliche Mietzins auf € 53.000,-- zuzüglich 20 % Umsatzsteuer angepasst.

Aufgrund von Investitionen in das Volksschulgebäude kommt es erneut zu einem höheren Wert des Mietobjektes, und es ist daher die Miete dahingehend anzupassen.

Der Punkt 5 Miethöhe des Mietvertrages soll wie folgt geändert werden:

Ab 1. Jänner 2024 verpflichtet sich der Mieter zur Bezahlung eines jährlichen Mietzinses von € 95.500,-- zuzüglich 20 % Umsatzsteuer.

Sämtliche andere Punkte aus dem Mietvertrag vom 06. Juni 2008 bleiben von dieser Zusatzvereinbarung unberührt. Die Ergänzung vom 01.07.2010 zum Mietvertrag vom 06. Juni 2008 wird somit gegenstandslos.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt nachfolgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge die Ergänzung zum Mietvertrag vom 06. Juni 2008 mit der Eisenstadt Infrastruktur KG beschließen.

Die Ergänzung zum Mietvertrag vom 06. Juni 2008 ist integrierender Bestandteil dieses Beschlussantrages.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

11. Zusätzliche Vereinbarung mit der Burgenland Energie betreffend die Abschlagszahlung im Zusammenhang mit der Auflösungsvereinbarung, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat DI Otto Prieler das Wort. Dieser erstattet folgenden

Bericht

Die Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt hat den Energieliefervertrag vom 31.05.2022 mit der Burgenland Energie einvernehmlich aufgelöst. In der Auflösungsvereinbarung wurde eine Abschlagszahlung in Höhe von EUR 649.869,-- netto vereinbart.

Die Burgenland Energie hat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt diese Abschlagszahlung (Pönale) zzgl. Umsatzsteuer vorgeschrieben. Aus Sicht der Freistadt Eisenstadt sind Pönalzahlungen nicht umsatzsteuerpflichtig, weshalb es zu Rückfragen bei der Burgenland Energie gekommen ist. Nun kam auch die Burgenland Energie zur Rechtsansicht, dass in diesem Fall keine Umsatzsteuer zu entrichten ist. Aufgrund dessen kam es nun zur vorliegenden Schad- und Klagloshaltung, welche regelt, sollte sich die Rechtsprechung der Finanzbehörde in Österreich ändern, die Umsatzsteuer von der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt nachträglich zu begleichen wäre.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt nachfolgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge die Schad- und Klagloshaltung – welche ein integrierender Bestandteil dieses Beschluss-

antrages ist - mit der BE Vertrieb GmbH & Co KG, Kasernenstraße 9, 7000 Eisenstadt beschließen.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

12. Verlängerung Nutzungsvereinbarung Schauerkreuz (GÜPL Militärkommando Burgenland), Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat DI Otto Prieler das Wort. Dieser erstattet folgenden

Bericht

Mit Schreiben vom 19.09.2024 hat das Militärkommando Burgenland um Verlängerung der Nutzungsvereinbarung zur Nutzung der Grundstücke Nr. ■■■■■, ■■■■, ■■■■■ und ■■■■■ (Raum Schauerkreuz), KG St. Georgen für das Jahr 2025 angesucht, da der derzeit gültige Vertrag mit 31.12.2024 ausläuft.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt nachfolgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge die Nutzungsvereinbarung mit dem Militärkommando Burgenland zur Nutzung der Grundstücke Nr. ■■■■■, ■■■■, ■■■■■ und ■■■■■ als Garnisonsübungsplatz beschließen.

Die Nutzungsvereinbarung ist integrierender Bestandteil dieses Beschlussantrages.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

**13. BE Energy GmbH, Nachtrag zum Dienstbarkeitsvertrag vom 29.08.2017,
Beratung und Beschlussfassung**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat DI Otto Prieler das Wort. Dieser erstattet folgenden

Bericht

Die Freistadt Eisenstadt hat mit der Energie Burgenland Biomasse GmbH & Co KG einen Dienstbarkeitsvertrag über die Erweiterung der Fernwärmeleitung, ausgehend vom Technologiezentrum in Richtung Industriezentrum zur Anschlussmöglichkeit für BBN Bau- und Betriebsdienstleistungszentrum Nord auf den Grundstücken Nr. ■■■■■■ und ■■■■ jeweils EZ ■, KG Eisenstadt abgeschlossen.

Aufgrund einer Trassenänderung bei der Querung des Eisbaches wurde die Vereinbarung getroffen, nach Vorlage des Bestandplanes einen Nachtrag zum Dienstbarkeitsvertrag abzuschließen.

Weiters übernimmt die BE Energy GmbH als Rechtsnachfolgerin sämtliche Rechte und Pflichten aus dem Dienstbarkeitsvertrag vom 29.08.2017.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt nachfolgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge den Nachtrag zum Dienstbarkeitsvertrag vom 29.08.2017 mit der BE Energy GmbH über die gegenständliche Fernwärmeleitung auf den Grundstücken Nr. ■■■■■■ und ■■■■, KG Eisenstadt, EZ ■ beschließen.

Der Nachtrag zum Dienstbarkeitsvertrag vom 29.08.2017 ist integrierender Bestandteil dieses Beschlussantrages.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

14. Löschung von Dienstbarkeiten ob EZ, KG Eisenstadt, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat DI Otto Prieler das Wort. Dieser erstattet folgenden

Bericht

Im Lastenblatt der Liegenschaft EZ, KG Eisenstadt, im Eigentum der ÖBB-Infrastruktur AG sind folgende zwei Dienstbarkeiten (C-LNR 4a sowie 15a) zugunsten der Freistadt Eisenstadt einverleibt:

- C-LNr 4a DIENSTBARKEIT der schienengleichen Übersetzung des Gst im Betr.km 4.7/8 zur Verbindung Gst und, mit der Verpflichtung, dass diese Übersetzung von den Schienensträngen rechts und links in einer Entfernung von je 8 m von der Bahn und darüber hinaus von der Gemeinde Eisenstadt im guten Zustande zu erhalten ist
- C-LNr 15a DIENSTBARKEIT der Benützung der Gst und für einen Seitenweg entlang der Bahngrundgrenze rechts der Bahn von der schienengleichen Übersetzung im Betr.km 4.1/2 bis zur schienengleichen Übersetzung im Betr.km 4.7/8 für den öffentlichen Verkehr zugunsten der Gemeinde Eisenstadt, mit der Verpflichtung, dass dieser Seitenweg von der Gemeinde Eisenstadt in gutem Zustand zu erhalten ist

Da weder der Begleitweg noch die schienengleiche Übersetzung de facto noch vorhanden sind, sollen die beiden vorgenannten Dienstbarkeiten infolge Gegenstandslosigkeit gelöscht werden.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt nachfolgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge die Löschungserklärung betreffend die Löschung der im Lastenblatt der Liegen-

schaft EZ, KG Eisenstadt, zugunsten der Freistadt Eisenstadt eingetragenen zwei Dienstbarkeiten (C-LNR 4a sowie 15a) beschließen.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

15. 1. Nachtragsvoranschlag 2024, Beratung und Beschlussfassung

a) 1. Nachtragsvoranschlag 2024

b) Mittelfristiger Finanzplan 2024-2028

- Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner verlässt von 19:53 Uhr bis 19:55 Uhr den Saal – den Vorsitz führt während dieser Zeit Herr Vizebürgermeister Istvan Deli, BA

- Gemeinderat Michael Bieber, MBA verlässt von 19:55 Uhr bis 19:56 Uhr den Saal -

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat DI Otto Prieler das Wort. Dieser erstattet folgenden

Bericht

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt nachfolgende Beschlussanträge.

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat DI Otto Prieler das Wort. Dieser führt aus:

„Bevor ich zum Beschlussantrag komme, darf ich vielleicht einige grundsätzliche Dinge zum Nachtragsvoranschlag 2024 sagen.

Der Nachtragsvoranschlag ist deshalb sinnvoll und notwendig, weil der Voranschlag schon Wochen vor dem Budget erstellt werden muss und viele Dinge zu diesem Zeitpunkt noch nicht ganz klar, absehbar oder auch beschlossen sind. Nach einem dreiviertel Jahr unter den tatsächlichen Bedingungen kann man schon genauer die Auswirkungen und Veränderungen auf das Budget erkennen und diese im Nachtragsbudget nachjustieren. Auch der Nachtragsvoranschlag ist die bilanzähnliche Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben, die für die Absicherung der Tätigkeiten unserer Stadt, ihrer Bewohner und Mitarbeiter Geldmittel zur Verfügung stellt und Leitlinie und Auftrag für die Verwaltung dieses Jahres darstellt. Das in Zahlen gegossene Konvolut umfasst die nun erwartenden

Einnahmen in Höhe von € 57.419.900,-- gegenüber den im Voranschlag veranschlagten € 54.367.600,-- sowie Ausgaben von € 57.886.100,-- gegenüber den im Voranschlag vorgesehenen € 55.251.100,--. Dies führt im nun vorliegenden Ergebnisvoranschlag zu einem Minus von € 466.200,-- gegenüber dem im Voranschlag vorgesehenen Minus von € 883.500,--, also ein geringeres Minus. Die gesteigerten Einnahmen sind besonders auf die erhöhten Bundesmittel aus Gebührenbremse, Zukunftsfond und Mehreinzahlungen im Pflegefond zurückzuführen. Ein Dank an die Bundesregierung. Die höheren Ausgaben sind leider durch die erhöhten Abzüge des Landes bei den Ertragsanteilen entstanden. Ein Minus von € 779.400,-- sowie zusätzlich ein Minus von € 371.500,-- für die Krankenanstalten, die angeblich in den letzten 23 Jahren vom Land falsch berechnet wurden und nun von den Gemeinden in den nächsten 3 Jahren zurückgezahlt werden sollen und damit abgezogen werden. Herr Bürgermeister hat schon vorhin gesagt, auch diese monatliche Tranche hat wieder kein Geld den Ertragsanteilen für die Gemeinde Eisenstadt ergeben. Darüber hinaus schlägt sich die vom Land gegenüber den Bundesbeamten abweichende Gehaltsanpassung von zusätzlich 6,5 % mit über € 1 Million negativ zu Buche. Diese enormen Zusatzbelastungen konnten wir heuer gerade noch mit der Entschädigung für die Mitbenützung von Kanälen durch die Landesstraßenverwaltung in Höhe von € 1,6 Millionen abfedern. Beim Finanzierungs-voranschlag haben wir beim Geldfluss aus der operativen Gebarung ein Plus von € 2.875.100,--, was gegenüber dem Voranschlag einen leichten Rückgang von € 108.700,-- darstellt. Die investive Gebarung sehen wir nun mit einem Minus von € 2.223.500,-- vor, was eine Verbesserung gegenüber dem Voranschlag von € 693.400,-- ist, wodurch sich ein Nettofinanzierungssaldo von € 651.600,-- ergibt. Unter der Berücksichtigung der Einzahlungen aus der veranschlagten Finanzierungs-tätigkeit in der Höhe von € 1.250.000,-- und den um € 49.300,-- Auszahlungen ergibt sich ein Minus von € 116.200,-- beim Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit.

Ich bedanke mich bei den Mitarbeitern des Hauses, allen voran Finanzdirektor Ing. Erwin Giefing für die verantwortungsvolle Erarbeitung seines ersten Nachtragsvoranschlages.

Wir haben uns in der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 17.10.2024 mit diesem Nachtragsvoranschlag eingehend befasst, und ich möchte,

bevor ich zum Beschlussantrag komme, zur Diskussion einladen. Dankeschön, Herr Bürgermeister.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Vielen Dank für den Bericht.“

Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth:

„„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, meine Damen und Herren! Dem heute zur Diskussion und Beschlussfassung vorliegenden 1. Nachtragsvoranschlag 2024 liegt das Budget 2024 zu Grunde, welches am 11. Dezember 2023 mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ und der Grünen beschlossen wurde und zwar mit der größten Zustimmung, die wir in den letzten 22 Jahren gehabt haben, nämlich mit 28 zu 1 Stimme. Dieses Budget wurde damals auf Basis der vorhandenen Unterlagen und der damaligen Situation erstellt. Es ist normal, dass im Laufe eines Jahres immer wieder Anpassungen und Korrekturen an die aktuelle Situation durchgeführt werden. Bei diesem Nachtragsvoranschlag geht es zwar in Relation zum Gesamtbudget um eine vergleichsweise geringe Summe, wir sprechen hier von einer Erhöhung von ca. 5,2 % , diese bringen aber doch spürbare Ergänzungen und zum Teil dramatische Änderungen mit sich, wie sie eben zum Zeitpunkt der Erstellung des Voranschlages noch nicht vorhersehbar waren. Der größte Brocken im Nachtragsvoranschlag, von dem wir leider erst im Feber 2024, also lange nach der Budgeterstellung, erfahren haben, war, und wir haben es heute schon vom Berichtstatter gehört, die Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst. Obwohl wir da schon fette 9 % eingepreist hatten, wurden wir von den 14,5 %, die es dann und noch dazu rückwirkend, schlussendlich waren, einigermaßen überrascht. Diese schlagen sich wie wir gehört haben doch mit € 1 Million im Nachtragsvoranschlag zu Buche.

Weitere unvorhersehbare Mehrausgaben waren die Erhöhung des Rettungsbeitrages von € 13,51 auf € 24,42 pro Einwohner, also um über 80,75 % mehr, das kostet uns über € 176.000,-- zusätzlich, dann die Erhöhung des Krankenanstaltenabganges von € 428.990,--, und zwar wurde hier gleich um 107 % erhöht, mehr als das Doppelte, auf € 889.600,--. Der Berichtstatter hat es schon gesagt, zusätzlich ist das Land darauf gekommen, dass der Krankenanstalten-Abgang von 2000 bis 2023, also 23 Jahre lang, falsch berechnet worden ist. Leider gibt es da keine Verjährung zwischen den Gebietskörperschaften. Dieser Umstand trifft uns in den

Jahren 2024 bis 2026 mit jährlich zusätzlich über € 371.400,--. Und hier würde ich gerne wirklich eine transparente und nachvollziehbare Abrechnung des Landes sehen. Denn man kann natürlich sagen, dass man sich verrechnet hat, das zahlt Ihr mehr, aber wer sagt mir, dass man sich nicht wieder verrechnet hat? Deswegen wäre eine Kontrolle und eine transparente Abrechnung hilfreich. Alleine diese 4 Positionen machen über € 2,5 Millionen aus, ungeplante und unvorhersehbare Mehrausgaben für uns. Da wirken unsere zusätzlichen Investitionen, wie sie jedes Jahr immer wieder notwendig werden, fast wie „Peanuts“. Nochmals erwähnt seien dabei die Photovoltaikanlage für den Bauhof und das Sportzentrum in Höhe von € 250.000,--, die Containerklasse in der Allgemeinen Sonderschule um € 60.000,--, das Projekt „Jugendzentrum Eisenstadt“ mit € 30.000,--, dann eine Umstellung auf den elektronischen Rechnungsworkflow. Wir befinden uns im digitalen Zeitalter, das ist notwendig, kostet aber € 65.000,--. Ein zusätzlicher Urnenhain am Friedhof in Eisenstadt steht mit € 13.000,-- zu Buche, Beamer für Schulen mit € 14.000,-- usw. Im Wesentlichen sind das aber alles zusätzliche Investitionen in die Umwelt- und Lebensqualität der Stadt und ihrer Bürger. In Summe reden wir hier von Mehrauszahlungen gegenüber dem Voranschlag 2024 in Höhe von ca. € 3,8 Millionen. Diese Mehrausgaben zu kompensieren, ist selbst für eine wirtschaftlich bestens aufgestellte Kommune wie Eisenstadt kein leichtes Unterfangen. Der Bund hat uns da sehr geholfen, das muss man wirklich herausheben, und zwar mit Mitteln aus der Gebührenbremse in Höhe von € 254.541,--, mit Mitteln aus dem Zukunftsfond € 479.000,--, Mehreinzahlungen aus Mitteln des Pflegefonds € 250.000,-- sowie Mitteln aus der Radwegförderung € 417.000,--, in Summe über € 1,4 Millionen. Weitere zusätzliche Einnahmen erwarten wir aus privatrechtlichen Verträgen und einer werthaltigen Forderung gegenüber dem Land, Stichwort „Ollersdorf-Urteil“ des Verwaltungsgerichtshofes. Wir haben es schon vom Berichterstatter gehört, im Umfang von € 1,6 Millionen. Zu diesem komme ich aber noch später. Zusätzlich mussten natürlich auch etliche Mittel umgeschichtet und einige Projekte verschoben werden. Das betrifft vor allem den Fernwärmehanschluss des Rathauses, hier sprechen wir von in etwa € 60.000,--, einige Sanierungen im Bereich der Mittelschule Rosental, 2 mal € 70.000,--, die Fassadensanierung des Kindergartens in Kleinhöflein mit € 70.000,--, sowie die Sanierung des Haydnkinos. Alles Dinge, die zwar in unserem Investitionsprogramm 2024 auf der Agenda gestanden sind, aber jetzt nicht unbedingt „lebensnotwendig“ und daher durchaus verschiebbar sind. Es ist im Zuge

der Parteienverhandlungen zum Nachtragsvoranschlag auch über die Dringlichkeit und Sinnhaftigkeit anderer Projekte, die eigentlich Thema des Budgets 2025 erst werden, wie etwa die Stadtvilla oder das Gemeindezentrum diskutiert worden. Und es gab manche Kollegen, die ihre Bedenken hatten: muss man das unbedingt jetzt machen, kann man das nicht anders reihen, oder kann man das nicht auch später machen, wenn wieder mehr finanzielle Mittel da sind? Ich bin nun doch schon einige Zeit hier in diesem Haus dabei und kann Ihnen sagen, wir hatten ähnliche Diskussionen schon beim E_Cube, bei der Sanierung von Hallenbad und Freibad, beim Ankauf des Martinshofes, bei der Sanierung der Gloriette, bei Schul- und Kindergartenbauten und so weiter. Schlussendlich ist so eine Prioritätensetzung und Abwägung der Reihenfolge immer eine politische Entscheidung. Denn Geld war und ist nach wie vor immer knapp, und hätte man nur gewartet, bis überschüssige Mittel quasi in der Portokassa zur Verfügung gestanden wären, würde es all diese Investitionen heute nicht geben. Ich merke schon, ich bin schon wieder in Gefahr zu lang zu werden. Manche schauen mich schon, strafend möchte ich nicht sagen, aber vorwurfsvoll leicht an. Ich werde mich daher heute tatsächlich nur auf einige wenige, aber durchaus wesentliche Kennzahlen des Nachtragsvoranschlages beschränken. Wir haben es zum Teil schon gehört, und beginnen wir bei der Ergebnisrechnung. Die Summen und Salden des Ergebnisvoranschlages ergeben unter Berücksichtigung des 1. Nachtragsvoranschlages Erträge von über € 57 Millionen und Aufwendungen in Höhe von € 57,886 Millionen vorgesehen. Das ergibt ein Nettoergebnis von minus € 466.200,--. Schaut auf den ersten Blick nicht besonders berauschend aus, gegenüber dem Voranschlag ergibt sich aber dadurch eine Verbesserung des Nettoergebnisses von über € 417.000,--. Dadurch verbessert sich auch die Nettoergebnisquote (=SA0/SU22) von budgetierten minus 1,7 % auf minus 0,81 % Diese Nettoergebnisquote zeigt, inwieweit die Aufwendungen mit laufenden Erträgen bedeckt werden können.

In der zweiten Säule, im Finanzierungshaushalt, stellt sich die Lage wie folgt dar: Im Finanzierungsvoranschlag des Budgets hatten wir ursprünglich Einzahlungen aus der operativen Gebarung von € 53,152 Millionen und Auszahlungen von € 50.169 Millionen verzeichnet. Das ergab einen Cash-Flow von € 2,98 Millionen, aus dem die Investitionen und Tilgungen bedient werden sollen. Unter Berücksichtigung des 1. Nachtragsvoranschlages, wo sich die Einzahlungen um € 2,4 Millionen erhöhen aber auch die Auszahlungen um € 2,5 Millionen, ergibt sich ein aktueller Cash-Flow

von plus € 2,875 Millionen, also eine Spur geringer. Wenn man davon den Geldfluss aus der investiven Gebarung von € 2,2 Millionen, da wären unter anderem die Investitionen in Straßenbau, Kanal, Beleuchtung beinhaltet, haben wir einen Nettofinanzierungssaldo von € 651.600,--. Zusammen mit dem Saldo aus der Finanzierungstätigkeit, der sich aus Darlehensaufnahme minus Tilgungen und Leasingzahlungen zusammensetzt, erhalten wir einen positiven Saldo der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von € 535.400,--. Das ist einmal nicht schlecht, die daraus resultierende freie Finanzspitze, das ist die Kennzahl der Liquidität, von € 2,72 versetzt uns in die Lage, die Vielzahl unserer geplanten Investitionen im Wesentlichen umzusetzen. 2024 wurden und werden ja Investitionsvorhaben inkl. Nachtragsvoranschlag in Höhe von über € 5,7 Millionen geplant und umgesetzt. Ich habe eingangs schon darüber berichtet und möchte da jetzt nicht weiter darüber ausführen. Nachdem einige Kollegen der Opposition bei den Parteiengesprächen die Einbringlichkeit unserer Forderung gegen das Land im Fall „Ollersdorf-Urteil“ zumindest leicht in Zweifel gezogen haben und dies möglicherweise im Rahmen dieser Sitzung noch einmal in Betracht ziehen wollen, hier noch einmal eine kurze Aufklärung. Ich habe es ja vorher schon angekündigt, ein kleiner Exkurs. Wie wir wissen, dürfen wir auf Grund eines Erlasses der Bgld. Landesregierung beim Nachtragsvoranschlag im Falle eines negativen Finanzhaushaltes – den haben wir jetzt noch nicht, wir haben durchaus einen positiven, aber im Falle eines negativen Finanzierungshaushaltes, das fiktive „Minus“ maximal in Höhe des Kassenstandes vom 31.12. des Vorjahres, in unserem Fall also 31.12.2023 erreichen. Da betrug unser Kassenstand € 1,209 Millionen. Sollte also, was nicht passieren wird, unsere werthaltige, durch ein Gerichtsurteil abgesicherte Forderung nicht eintreffen, würde unser Finanzierungshaushalt natürlich mit ca. € 1,06 Millionen ins Minus drehen. In diesem Fall wäre der Kassenstand zum Stichtag aber trotzdem um über € 200.000,-- deutlich höher als der negative Finanzierungssaldo. Wir wären also mit unserem Nachtragsvoranschlag auf jeden Fall auf der sicheren Seite, soweit nur dieser kleine Exkurs.

Soweit meine Damen und Herren, auch eine kleine und kurze Erläuterung der Eckpunkte des vorliegenden Nachtragsvoranschlages, der im Wesentlichen bekannte Projekte enthält, die mit großer Mehrheit im Gemeinderat beschlossen worden sind. Im Vergleich stellt sich dieser Nachtragsvoranschlag noch besser dar wie jene in den vergangenen Jahren.

Abschließend möchte ich der Finanzabteilung unter der Leitung des neuen Finanzdirektors Ing. Erwin Giefing für die geleistete Arbeit danken, sie wurde wie immer mit sehr viel Verantwortung, Fachwissen und einem außergewöhnlichem Fingerspitzengefühl für das Machbare durchgeführt.

Ich ersuche Sie nunmehr, den vorliegenden Nachtragsvoranschlag als das zu beurteilen was er ist: ein notwendiges Rechenwerk, um Feinabstimmungen vorzunehmen und um den Grundsätzen einer ordentlichen Gebarung zu genügen und ersuche Sie außerdem, einem entsprechenden Beschlussantrag des Antragstellers Ihre Zustimmung zu erteilen. Ich danke Ihnen.“

Gemeinderat Christoph Fertl:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, werte Gäste und Medienvertreter!

Es ist schon viel und lange geredet worden, auf ein paar Sachen möchte ich aber noch drauf eingehen. Es ist zum Beispiel vorher beim Bildungscampus Anders muss ich neu beginnen.... Es ist die ganze Zeit beim Nachtragsvoranschlag geredet worden, dass das Land „so böse“ sei und schuld sei, man bekommt kein Geld mehr. Und wie wir auch diese Vorbesprechung gehabt haben, da habe ich mir schon gedacht, na das ist ja ein Wahnsinn, das Land gibt ja gar nichts mehr her. Es hat auch geheißen, dass man nicht weiß, was alles abgezogen wird und warum es abgezogen wird oder sonst irgendwas. Daraufhin habe ich eine Mail geschrieben und zwar war es ja so, dass der ÖVP-Kollege Mezgolits hat ja auch schön breit das auf Facebook im Juli aufgelistet, warum gewisse Abgaben nachher wegfallen und wie weit das ist. Auf einmal hat es bei der Besprechung eine Auflistung gegeben, also ich weiß, dass diese Auflistung monatlich kommt, es wird auch begründet, warum und wofür es verwendet worden ist. Die Landesumlage wird vor allem dazu verwendet, zum Beispiel auch die Gemeindeaufsichtsbehörde bzw. auch verschiedenste Sachen mitzufinanzieren, bzw. auch wenn es darum geht um Umwidmung oder so etwas.... das heißt, es wird eine Leistung dargeboten, es wird genau aufgeschlüsselt, es sind da Juristen dahinter. Wenn das alles durch die Landesumlage wegfallen sollte, dann wäre das schon ein großer Betrag, den die Stadt immer wieder zahlen müsste. Aber weniger von dem jetzt. Beim Punkt „Bildungscampus“ ist, glaube ich, nicht erwähnt worden oder aber ich habe es überhört, dass die Ausgaben gefördert werden, das heißt, dass es von Seitens Land Bedarfszuweisungen gibt und zwar in der Höhe von

€ 50 %. Das heißt, sollte dann der Bildungscampus € 10 Millionen kosten, wären es € 5.000,--, bei € 12 Millionen wären es € 6.000,--.....“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„€ 5 Millionen.“

Gemeinderat Christoph Fertl:

„Ah Entschuldigung, € 5 Millionen, Dankeschön. Also statt € 10 Millionen, € 5 Millionen und statt € 12 Millionen € 6 Millionen, das heißt, das ist doch eine ordentliche Unterstützung. Es wurde auch vorhin erwähnt, dass die Radwege durch den Bund finanziert worden sind, es ist nicht erwähnt worden, dass das Land ebenfalls mitgefördert hat, die Stadt hat natürlich auch einen Beitrag dazu geleistet. Was im Nachtragsvoranschlag finde ich falsch kommuniziert wird ist, dass der Bund mit 9 % gerechnet hat und das Land bei den Gemeindebediensteten oder überhaupt beim Land selbst bei den Bediensteten mit 14,5 %. Das ist nicht ganz korrekt, denn es hat nämlich eine Abmachung gegeben; und zwar ist es so, dass mindestens € 350,-- erhöht wird und maximal € 650,-- gedeckelt. Das heißt, Geringverdiener bekommen € 350,-- Erhöhung pro Monat brutto und Spitzenverdiener € 650,--. Im Unterschied zu den 9 % wäre das dann nachher gewesen, der Geringverdiener hätte bekommen € 200,-- brutto und der Spitzenverdiener € 1.000,-- brutto. Warum sage ich das? Es ist ganz einfach, so wie es aussieht, dürfte die Stadt weniger Spitzenverdiener haben; sondern die Geringverdiener sind, deswegen natürlich auch die Steigerung von 14,5 %, denn es ist nicht bei allen 14,5 %; sondern der Schnitt gerechnet worden. Das ist auch falsch kommuniziert worden. Das heißt, das Land hat nicht mit 14,5 % gerechnet sondern mit € 350,-- Start und € 650,-- gedeckelt. Was mich dazu führt, dass es meiner Meinung nach gut ist, dass um € 350,-- erhöht worden ist, weil es viele betrifft, die Geringverdiener sind. Wir haben auch schon einen Antrag zum Mindestlohn eingebracht, der abgeschmettert worden ist. Ich glaube, Sie waren das, der gesagt hat: „Gott sei Dank ist er nicht eingesetzt worden.“ Ich sage jetzt nur: „Gott sei Dank ist es um € 350,-- für Geringverdiener erhöht worden“. Es sind viele Kosten, Herr Bürgermeister hat auch gesagt, die Personalkosten werden wahrscheinlich dann auch über € 22 Millionen im nächsten Jahr sein. Das ist ein großer Betrag, deswegen sind wir auch der Meinung, dass man vielleicht bei gewissen anderen Ausgaben sparen sollte und umsichtig sein sollte. Dann haben Sie noch den „Rettungsbeitrag“ erwähnt, dass man das nicht gewusst hätte. Das stimmt nicht, denn im Dezember 2023 habe ich sogar im Internet gefunden, hat es

vom GVV ein Schreiben gegeben, Gemeindebund, GVV und der Städtebund, wo Herr Bürgermeister auch dabei ist, dass es erhöht wird, der Rettungsbeitrag und zwar von auf € 22,--

- Zwischenruf Gemeinderat Günter Kovacs –

Gemeinderat Christoph Fertl:

„.... und dann ist es begründet worden mit den Spritkosten, Personalkosten, und es war kommuniziert. Die Krankenanstaltenumlage ist nicht seit dem Jahr 2000 falsch berechnet worden. Es war am Anfang, das hat Herr Bürgermeister uns auch gesagt, weil er da, glaube ich, dabei war noch im Büro Niessl/Steindl. Es ist damals so aufgesetzt worden, es hat jahrelang so funktioniert, und es kann auch gar nicht sein, dass es jahrelang falsch berechnet worden ist, weil wir in den nächsten 3 Jahren € 1,2 Millionen zurückzahlen müssten, kann das nicht passen, auf 23 Jahre aufgeteilt.“

- Zwischenrufe –

Gemeinderat Christoph Fertl:

„Weil es nicht passen kann. Naja, wenn wir jetzt das Doppelte zahlen von € 428.000,- auf € 889.000,-, das heißt, es wird sich verdoppeln, dann wird das wahrscheinlich jetzt nicht ausreichend sein auf 23 Jahre mit € 1,2 Millionen. Aber ist okay. Es war eine Zeit lang richtig berechnet, es hat sich dann etwas bei der Berechnung geändert, bei der Verrechnung, und das ist anscheinend nicht berücksichtigt worden. Gut, dann ist noch im Nachtragsvoranschlag wird erwähnt, auf Grund auf dieser vorgenannten Entwicklungen sieht sich die Freistadt Eisenstadt gezwungen, Projekte, welches für das Finanzjahr 2024 geplant waren, in die Folgejahre zu verschieben. Da ist zum Beispiel dabei die Sanierung des Haydnkinos, die Fassadensanierung, Kindergarten usw., das steht eh alles drinnen. Beim Fernwärmeanschluss haben wir gehört, da das Rathaus nicht komplett im Besitz der Stadt ist, sondern dass ein Trakt eben angemietet wird, dass da nicht alle Mieter dabei waren. Ich glaube dann nicht, dass man das dann in den Nachtragsvoranschlag reinschieben kann, dass es nicht finanzierbar war, weil es war eigentlich bei der Fernwärme so, dass nicht alle Mieter einverstanden waren. Dann ist es zum Beispiel so, Sanierung Haydnkino, da steht dann ein bisschen weiter „da durch langwierige Abstimmungsarbeiten für das Kino mit dem Bundesdenkmalamt 2023

nicht mehr mit der Sanierung des Objektes begonnen werden kann, werden ca. € 800.000,-- des Darlehensbetrages nun für die Stadtvilla verwendet.“ Also erstens heißt es, auf Grund der Erhöhungen, Teuerungen und alles mögliche ist das Land schuld und nachher ist auf einer Seite weiter nachher dann das Bundesdenkmalamt schuld, weil noch nichts weitergegangen ist. Der Rettungsbeitrag sehen wir als sinnvoll, vor allem wir als Eisenstädter und Eisenstädterinnen haben den meisten Vorteil davon. Wir haben einen NAW stationiert im Spital, wir haben die schnellste Versorgung, ich glaube nicht, dass man das quasi nicht unterstützen sollte und auch noch heranziehen sollte als Grund, warum der Nachtragsvoranschlag so ausfällt, wie er ausfällt, sondern da gibt es andere Gründe in der Stadt. Danke.“

Gemeinderat Ing. Bernhard Skaumal:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Freismuth hat es eh schon gesagt, ich war der einzige Gemeinderat damals, der dem Budget 2024 nicht zugestimmt hat. Ich möchte es nur kurz in Erinnerung rufen, warum das damals so war und zitiere mich selbst aus der Gemeinderatssitzung Dezember 2023.

- Zitat Anfang -

„Der Voranschlag 2024 ist meiner Ansicht nach ohne Vision, trägt keine so notwendigen Perspektiven in sich und wird in den Themen, welche die Menschen da draußen wirklich bewegen, nämlich Teuerung, Verkehrschaos, Nachhaltigkeit und immer schlechter werdender Sicherheitslage keine Entlastung oder Besserung bringen. Der Voranschlag ist Verwaltung und hat leider keine politische Vision oder Ambition hin zum Weiterentwickeln und Verbessern unserer Stadt. Leider eine weitere vertane Chance, die Bürger zu entlasten und ihre Sorgen zu schmälern. Das Budget 2024 erhält daher keine Zustimmung von mir.

- Zitat Ende -

Und ich erweitere meine Stellungnahme zum Budget samt Nachtragsvoranschlag, die ich bei fast jeder Sitzung seit der Erstellung bereits gesagt habe. Eisenstadt hat ein massives Ausgabenproblem. Die politische Entscheidung ist vor geraumer Zeit gefallen, wir leisten uns die Sanierung der gepachteten Stadtvilla mit aktuell € 2,4 Millionen. Wir haben uns auch den Ankauf des Haydnkinos geleistet, nachdem die Immobilie innerhalb eines Jahres um € 150.000,-- teurer geworden ist. Wir leisten uns den Umbau des Vereinslokals der alten Raika in St. Georgen, welcher selbstverständlich zu unterstützen ist, nur der Zeitpunkt ist womöglich der falsche. Fakt ist,

es wurde von der Stadtführung mehrheitlich beschlossen, hier im Gemeinderat. Es ist festzustellen, dass diese politische Entscheidung, die damals hier in diesem Gremium getroffen wurden, offenbar falsch waren und wir richtigerweise als einzige Kraft im Gemeinderat gegen diese Projekte gestimmt haben. Nicht etwa, weil wir nicht in die Kultur oder Infrastruktur investieren wollen, sondern weil die Ausgaben der Stadt einfach viel zu hoch sind. Eine Aufstellung zum Beispiel zur 100-Jahr-Feier Eisenstadt hätte auch in einem bestehenden Objekt angehalten werden können, wie zum Beispiel im Kulturzentrum, Landesmuseum, Pulverturm usw. Dafür muss keine Stadtvilla um € 2,4 Millionen saniert werden. Ich habe erst letztens mit einem plakativen Beispiel aus dem Privatleben gebracht. Wer monatelang kein Gehalt bekommt, kauft sich auch kein neues Auto. Genauso sehe ich es mit den Stadtfinanzen. Ich muss zugeben, es gab auch unvorhersehbare Positionen, die bei der Erstellung des Budgets für 2024 im Dezember 2023 nicht gewusst werden konnten. Aber so etwas gibt es immer, in allen Bereichen, in allen Gemeinden, in allen Branchen, in jeder Familie. Nun haben wir mit dem Nachtragsvoranschlag das Nachschlagewerk vor uns, das meine Behauptungen untermauert. Für das Budget 2024 hatten wir noch eine freie Finanzspitze von € 3,14 %, also € 1,67 Millionen, nun im Nachtragsvoranschlag sind es nur mehr 2,72 %, also € 1,51 Millionen, also ein Rückgang um 14,2 % welchen wir nicht mehr für Investitionen nutzen können, ohne dafür Darlehen aufnehmen zu müssen. Zeitgleich sieht man, was für die Stadtführung wirklich wichtig ist, nämlich die Investitionen in die beiden Prestigeobjekte, das Haydnkino und die Stadtvilla, eine politische Entscheidung. Vollkommen richtig, welche ich aber nicht mittrage. Ich werde daher keine Zustimmung heute geben. Danke.“

Gemeinderat Dr. Siegfried Mörz:

„Sehr geehrte Damen und Herren!

Vorab möchte ich mich bei Erwin, Michael und Otto bedanken für die Vorgespräche, wo wir im Wesentlichen die Eckpunkte des Nachtragsvoranschlages soweit durchgegangen sind. Aus meiner Sicht ist alles klar. Wir tun uns schwer, dem Ganzen die Zustimmung zu verweigern, weil aus einem einfachen Grund, wenn man sich den Finanzierungsvoranschlag ansieht, führt er zu einem deutlichen Liquiditätsanstieg im Umfang von einer halben Million und das im Vergleich zum Vorjahr bzw. zu dem, was ursprünglich geplant wurde. Freilich macht insgesamt die Kostensteigerung auf der Personalseite ein wenig Sorgen. Man wird vermutlich, es ist jetzt kein unmittelbares

Thema, aber für das Budget 2025 nicht mehr ganz so mit sprudelnden Bundeszuschüssen rechnen können im Lichte, insgesamt der schwierigen, wirtschaftlichen Situation, und auch dort wird ein Sparkurs wahrscheinlich sehr rigoros ausfallen müssen. Und insgesamt werden vermutlich, ob das jetzt gerechtfertigt ist oder nicht, ist ein anderes Thema, aber die Begehrlichkeiten des Landes auch weiter steigen, also insofern machen mir die kommenden Jahre etwas Sorgen. Hier schließe ich mich meinem Vorredner an, durchaus plädiere ich dafür, dass man die Kostenpositionen durchforstet, das heißt aber nicht, dass man auf sinnvolle kulturelle Einrichtungen und Investitionen verzichtet. Aber es gibt sicher in jeder Gebietskörperschaft Einsparungspotential, und ich glaube, das gilt es jetzt sinnvoll zu erheben. Ich sage es aber noch einmal, wir werden natürlich dem Nachtragsvoranschlag unsere Zustimmung erteilen. Danke.“

Gemeinderat Günter Kovacs:

„Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Es ärgert mich schon ein bisschen, Herr Finanzstadtrat Freismuth, wenn Du da herausgehst und Dich beschwerst sozusagen über diesen „Rettungseuro“, über die Unterstützung des „Rettungseuros“. Das ärgert mich wirklich wegen dem, weil es einen einstimmigen Beschluss gegeben hat im Land Burgenland damals, wo auch klarerweise ÖVP-Vertreter drinnen gesessen sind, und heute das so zu beklagen, finde ich überhaupt nicht in Ordnung..... zu sagen, dass das zu teuer geworden ist und dass uns dieses Geld fehlt. Es ist eigentlich unfassbar.....“

- Zwischenruf Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth -

Gemeinderat Günter Kovacs:

„..... dass Du das hier sagst, obwohl Du nachweislich mit Deinen Vertretern im Land natürlich zum „Rettungseuro“ dafür gestimmt hast. Also diese Steigerung von 13,5 % auf € 24,4 %, und dann dreimal zu sagen, das sind über 80 %, und sich dann über den eigenen Beschluss zu beschweren, das ist nicht in Ordnung und ist in meinen Augen eine Art „Nestbeschmutzung“. Und das andere, das Haydnkino, es wurde soeben auch angesprochen, und da hast Du gerade ein bisschen „verräterisch“ auch gesagt, „nicht lebensnotwendige Maßnahmen“ werden halt zurückgestellt, im Sinne des Haydnkinos. Wir haben, Herr Kollege Skaumal hat das auch gut gesagt, € 200.000,-- hat das Kino für den Vorbesitzer gekostet, € 350.000,-- , € 150.000,--

haben wir nach einem Jahr mehr bezahlt für eine Immobilie, und ich frage den gesamten Gemeinderat, Euch alle, wer würde das privat machen, um € 150.000,-- eine Immobilie teurer zu verkaufen, das ist eigentlich unfassbar, und sich jetzt herzustellen und zu sagen, „naja, dann investieren wir in dieses Haydnkino nicht mehr weiter“....., da sieht man wieder diese Widersprüchlichkeit, bei der Stadtvilla geht es, dort brauchen wir jetzt nichts mehr zu investieren, weil dort haben wir jetzt einen Stillstand. Wer würde das von uns privat machen? Dankeschön.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Na manche Dinge sind wirklich unfassbar, auch Wortmeldungen.

- Zwischenruf Gemeinderat Günter Kovacs –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Aber wir schauen drauf, wie wenn es unser Geld wäre, im Gegensatz zu Euch.“

- Zwischenruf Gemeinderat Günter Kovacs –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Gut, die Gedanken sind ausgetauscht. Ich möchte auch ein „Danke“ an die Finanzabteilung sagen, an alle, die hier mitgearbeitet haben und möchte vielleicht nur noch abschließend etwas dazu sagen. Natürlich kann man für und gegen alles sein, aber ich würde wirklich darum bitten, und ich sage das in jeder Gemeinderatssitzung, dass man nicht Äpfel mit Birnen vertauscht. Investitionen, wie zum Beispiel in Immobilien, in die Stadtvilla, in Schulen und Kindergärten, dieses Geld ist nicht so, dass man das einfach nicht dort investiert und dann für Personalkosten verwenden kann. Das darf man ganz einfach nicht, das heißt, da einen Konnex herzustellen, ist eigentlich unlauter und eigentlich nicht in Ordnung. Ich weiß nicht, ob Sie das absichtlich machen, oder ob Sie es nicht verstehen wollen. Ich habe keine Ahnung, aber es dürfte bei Ihnen, Kollege Skaumal, so drinnen sein, aber es ist so, wie es ist. Die Erhöhungen, die es gegeben hat, sind so, wer hier zugestimmt hat oder nicht zugestimmt hat, ist relativ irrelevant. Die Erhöhungen durch die Gehaltserhöhungen, durch den „Rettungsbeitrag“, durch den „Krankenanstaltenbeitrag“, durch die Nachverrechnung des „Krankenanstaltenbeitrages“ ist dies halt so gestiegen. Das ist auch Tatsache, und deswegen ist es natürlich auch im Rechnungsabschluss erfasst worden. Ich möchte nur zur Illustration sagen, es geht ja und übrigens, die Unterstützung des Landes beim Bildungscampus wird

natürlich entsprechend kommuniziert werden. Das ist ja gar keine Frage. Das ist auch eine super Sache, und das freut mich auch persönlich, aber das eine sind Investitionskostenzuschüsse, und das andere ist dieses Geld, das wir brauchen, um den alltäglichen Betrieb aufrecht zu erhalten, um die Mitarbeiter zu zahlen, um die Sachaufwände zu begleichen, und dort besteht das Problem nicht nur für uns sondern für alle Gemeinden. Ich möchte nur eine Zahl sagen, damit wir wissen, wovon wir sprechen. Wir haben heuer von Jänner bis einschließlich Oktober € 17,6 Millionen Ertragsanteile, also das ist das Steuergeld, das uns sozusagen vom Bund zugeteilt wird, bekommen, und ausgezahlt worden von diesen € 17,6 Millionen sind € 4,4 Millionen. Diese € 13,2 Millionen wurden vom Land abgezogen für unterschiedlichste Dinge, wie zum Beispiel die Landesumlage, Krankenanstaltenbeiträge, Rettungsbeitrag, all das. Das ist eben ein Ausmaß, das muss man ganz offen sagen, dass es in dieser Form noch nicht gegeben hat, dass es Abzüge gibt, ist ja keine Frage, dass es auch solidarische Abzüge gibt, ist keine Frage. Ich will nur sagen, 2019 war die Abzugsquote bei 54 % und jetzt sind wir knapp bei 70 %. Da braucht man kein Mathematikgenie sein, da wird man feststellen, dass sich das irgendwann einfach nicht mehr ausgehen wird. Da geht es nicht nur uns so, sondern allen Gemeinden geht es so, und daher wird es da Maßnahmen brauchen..... mir ist eh klar, vor der Landtagswahl wird es da nicht mehr viel geben, aber ich hoffe und zähle darauf, dass nach der Landtagswahl schon möglich sein wird, sich einmal zusammzusetzen, sachlich darüber zu reden und zu entscheiden, will man, dass die Gemeinden lebensfähig bleiben oder will man das nicht. Da reicht es aber nicht, Investitionszuschüsse zu geben, sondern da muss man das alltägliche Arbeiten ermöglichen. So einfach ist die Welt, und das trifft übrigens nicht nur das Land, das trifft den Bund genauso und auch die Gemeinden selber. Ich möchte Dir auch Rechtgeben mit der Aussage, dass es natürlich notwendig ist, das steht komplett außer Zweifel, dass wir die nächsten Budgets so gestalten und uns wirklich jede einzelne Position anschauen, wo wir einsparen können. Wo können wir zurücknehmen, ohne dass wir die Lebensqualität zu massiv beeinträchtigen? All das werden wir natürlich auch tun. Das ist eben immer eine Gratwanderung, und man muss halt immer schauen, wo kann ich etwas einsparen, ohne zu schlechte Auswirkungen dadurch zu erzielen. Das wird unsere gemeinsame Aufgabe auch für 2025 und ich fürchte auch für 2026 sein, da wird uns nichts anderes übrig bleiben. Das werden aber auch alle anderen Gemeinden tun müssen. Ich bin halt einer, der

davon überzeugt ist, dass es besser ist, gemeinsam Dinge zu überlegen und gemeinsam auch Reformen zu machen. Man hört es und sieht ja das, vom Bund über das Land bis in die Gemeinden, es wird notwendig sein, Schritte zu setzen, einerseits bei den Ausgaben, andererseits bei den Einnahmen, da bin ich davon überzeugt und deswegen lade ich auch ein, unabhängig von der heutigen Beschlusslage und von dem, wie wir uns heute verhalten, da gemeinsam möglichst an einem Strang zu ziehen.“

Gemeinderat Christoph Fertl:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, werte Gäste und Medienvertreter!

Sie haben es richtig gesagt, man sollte sich zusammensetzen und das nachher dann ausverhandeln und besprechen. Diese Möglichkeit hat es auch vor einem Jahr schon bei den Verhandlungen für den Finanzausgleich gegeben. Da waren Sie dabei, zumindest laut Medienberichten. Soweit ich weiß, ist dort auch schon von den Gemeinden gesprochen worden, dass man diese vertikale Verteilung anpassen sollte, weil das ja schon seit Jahrzehnten gleich ist. Es ist auch die horizontale Aufteilung quasi besprochen worden, das heißt, es hätte ja dort schon die Möglichkeiten gegeben..... es hat dann Sonderpakete gegeben, die auch für die Stadt gut waren. Aber vielleicht hätte man vor einem Jahr dort schon ansetzen sollen, dass man dann als Stadt und als Vertreter dort schon vielleicht das kundtut, weil in dem Sinne ist jetzt bei der vertikalen Verteilung nichts passiert. Danke.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Das ist korrekt, ich war damals bei den Finanzausgleichsverhandlungen dabei, und genau das war auch unsere Position, übrigens auch des Gemeindebundes, des Städtebundes und auch der Länder. Das haben Verhandlungen an sich, dass man gerade bei den Finanzausgleichsverhandlungen eine Einstimmigkeit erzielen muss, und da war eben der Bund nicht dazu bereit, diesen Verteilungsschlüssel zu ändern. Aber was wir schon erreicht haben, ist, dass € 2,5 Milliarden jährlich „frisches“ Geld in die Länder und Gemeinden fließen, leider hauptsächlich in die Länder muss man dazu sagen. Nur zum Vergleich, bei den letzten Finanzausgleichsverhandlungen waren es ungefähr € 5 Millionen, also das jetzt als schlechtes Ergebnis darzustellen, das finde ich nicht, und es ist dadurch indirekt dieser Verteilungsschlüssel schon verändert worden, weil es Direktzahlungen auch an die Gemeinden gibt. Aber

natürlich, das was wir wollten, nämlich den Gesamtanteil der Gemeinden und Städte zu erhöhen von 12,5 % auf 14 %, wobei man sagen muss, 1 % ist da ungefähr eine Milliarde, das ist nicht gelungen, das ist korrekt. Das wird aber bei den nächsten Finanzausgleichsverhandlungen wieder das Thema sein, schauen wir mal.“

- Zwischenruf Gemeinderat Christoph Fertl -

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Genau!“

Gemeinderat Ing. Bernhard Skaumal:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Bürgermeister!

Ich will nur eines klarstellen, ich habe nie gefordert, dass wir das Geld von der Stadtvilla..... oder kompensieren wir dann die Mehrkosten für das Personal. Das habe ich nie gesagt. Also diese Äußerung kenne ich nicht, das kann man nachlesen, das habe ich nie gesagt. Es werden für die Stadtvilla Kredite aufgenommen, die Kredite müssen zurückgezahlt werden, und das ist einfach ein Geld, das man auch woanders einsetzen könnte. Auch wenn es budgetiert ist, das ist auch alles in Ordnung..... Ich habe das schon verstanden, dass man das dann nicht direkt eins zu eins nehmen kann. Geld, das man für Kredite zurückzahlen muss, ist dann einfach weniger im Budget vorhanden und das für wirkliche Themen, die die Leute draußen interessieren. Aber das ist nur meine Meinung. Danke.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Gut, wir werden da in diesem Punkt nicht zusammenkommen, aber deswegen wird die Welt auch nicht untergehen.“

Gemeinderat DI Otto Prieler:

„Herr Bürgermeister, ich darf nun die mehrheitlichen Beschlüsse des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 17.10. 2024 stellen. Erstens, der Gemeinderat möge den Nachtragsvoranschlag für das Wirtschaftsjahr 2024 beschließen und zweitens, ebenso möge der Gemeinderat den vorliegenden Mittelfristigen Finanzplan 2024 bis 2028 beschließen. Ich bitte um Abstimmung.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ich darf darauf hinweisen, dass hier zwei Abstimmungen notwendig sind, nämlich erstens über den Nachtragsvoranschlag und zweitens über den Finanzplan.“

Und so darf ich zunächst über den 1. Nachtragsvoranschlag 2024 abstimmen lassen.“

a) 1. Nachtragsvoranschlag 2024

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge den vorliegenden 1. Nachtragsvoranschlag 2024 beschließen:

K U N D M A C H U N G

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt beschließt den 1. Nachtragsvoranschlag 2024 in vorliegender Form.

Der 1. Nachtragsvoranschlag 2024 wird wie folgt festgesetzt:

	VA 2024 inkl. 1. NVA EUR	VA 2024 EUR	1. NVA EUR
<u>1. Ergebnisvoranschlag NVA 2024</u>			
21 Summe Erträge	57.419.900,00	54.367.600,00	3.052.300,00
22 Summe Aufwendungen	57.886.100,00	55.251.100,00	2.635.000,00
SA0 Nettoergebnis (21-22)	-466.200,00	-883.500,00	417.300,00
23 Summe Haushaltsrücklagen	0,00	0,00	0,00
SA00 Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahmen von Haushaltsrücklagen (SA 0+ / - SU23)	-466.200,00	-883.500,00	-417.300,00
<u>2. Finanzierungsvoranschlag NVA 2024</u>			
31 Summe Einzahlungen operative Gebarung	55.554.100,00	53.152.800,00	2.401.300,00
32 Summe Auszahlungen operative Gebarung	52.679.000,00	50.169.000,00	2.510.000,00
SA1 Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung (31-32)	2.875.100,00	2.983.800,00	-108.700,00
33 Summe Einzahlungen investive Gebarung	4.253.300,00	2.963.800,00	1.289.500,00
34 Summe Auszahlungen investive Gebarung	6.476.800,00	5.880.700,00	596.100,00
SA2 Saldo (2) Geldfluss aus der Investiven Gebarung (33-34)	-2.223.500,00	-2.916.900,00	693.400,00
SA3 Saldo (3) Nettofinanzierungssaldo (Saldo 1 + Saldo 2)	651.600,00	66.900,00	584.700,00
35 Summe Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	1.250.000,00	1.250.000,00	0,00

36	Summe Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	1.366.200,00	1.316.900,00	49.300,00
SA4	Saldo (4) Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit (35-36)	-116.200,00	-66.900,00	-49.300,00
SA5	Saldo (5) Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung (Saldo 3 + Saldo 4)	535.400,00	0,00	535.400,00

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung des Punktes **a) 1. Nachtragsvoranschlag 2024** vor und stellt fest, dass der Antrag mit den Stimmen der ÖVP-Gemeinderatsmitglieder – Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner, Vizebürgermeister Istvan Deli, BA, Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth, Stadträtin Birgit Tallian, Stadtrat Stefan Lichtscheidl, Adelheid Hahnekamp, Josef Weidinger, Waltraud Bachmaier, Michael Bieber, MBA, Hermann Nährer, Silvia Bronkhorst, Gerald Hicke, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Andrea Dvornikovich, DI Otto Prieler sowie Daniel Janisch und mit den Stimmen der Grünen- Gemeinderatsmitglieder – Anja Haider-Wallner, Samara Sánchez Pöll sowie Dr. Siegfried Mörz gegen die Stimmen der SPÖ-Gemeinderatsmitglieder – Vizebürgermeisterin Charlotte Toth-Kanyak, Elke Riener, Christoph Fertl, Andrea Fassl, Günter Kovacs sowie Christoph Kainz und gegen die Stimme des FPÖ-Gemeinderatsmitglieds Ing. Bernhard Skaumal mehrheitlich zum Beschluss erhoben wurde.

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Wir kommen jetzt zur zweiten Abstimmung, zum Mittelfristigen Finanzplan 2024 bis 2028.“

b) Mittelfristiger Finanzplan 2024 bis 2028

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge den vorliegenden Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2024 bis 2028 beschließen:

K U N D M A C H U N G

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt beschließt den mittelfristigen Finanzplan der Freistadt Eisenstadt für die Jahre 2024 bis 2028 in vorliegender Form.

Der Mittelfristige Finanzplan für die Jahre 2024 bis 2028 bildet einen wesentlichen Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung des Punktes **b) Mittelfristiger Finanzplan 2024 bis 2028** vor und stellt fest, dass der Antrag mit den Stimmen der ÖVP-Gemeinderatsmitglieder - Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner, Vizebürgermeister Istvan Deli, BA, Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth, Stadträtin Birgit Tallian, Stadtrat Stefan Lichtscheidl, Adelheid Hahnekamp, Josef Weidinger, Waltraud Bachmaier, Michael Bieber, MBA, Hermann Nährer, Silvia Bronkhorst, Gerald Hicke, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Andrea Dvornikovich, DI Otto Prieler sowie Daniel Janisch und mit den Stimmen der Grünen- Gemeinderatsmitglieder – Anja Haider-Wallner, Samara Sánchez Pöll sowie Dr. Siegfried Mörz gegen die Stimmen der SPÖ-Gemeinderatsmitglieder – Vizebürgermeisterin Charlotte Toth-Kanyak, Elke Riener, Christoph Fertl, Andrea Fassel, Günter Kovacs sowie Christoph Kainz und gegen die Stimme des FPÖ-Gemeinderatsmitglieds Ing. Bernhard Skaumal mehrheitlich zum Beschluss erhoben wurde.

16. Eisenstadt Infrastruktur KG – Jahresabschluss 2023, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat DI Otto Prieler das Wort. Dieser stellt folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge den Jahresabschluss 2023 der Eisenstadt Infrastruktur KG in vorliegender Form zur Kenntnis nehmen.

Der Jahresabschluss 2023 der Eisenstadt Infrastruktur KG ist integrierender Bestandteil dieses Beschlussantrages.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

17. Eisenstadt Infrastruktur KG – Gewinnverwendung 2023, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat DI Otto Prieler das Wort. Dieser erstattet folgenden

Bericht

Die Bilanz 2023 der Eisenstadt Infrastruktur KG weist einen Jahresgewinn in Höhe von EUR 66.810,25 aus.

Gemäß § 10 des Gesellschaftsvertrages ist am Gewinn und Verlust die Kommanditistin (Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt) alleine beteiligt.

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge beschließen, den Jahresgewinn in Höhe von EUR 66.810,25 in der Eisenstadt Infrastruktur KG zu belassen.

Er wird zur Wiederauffüllung von Vorjahresverlusten bzw. für zukünftige Verluste verwendet.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

18. Antrag der SPÖ-Fraktion: Gründung einer Projektgruppe zur Aufarbeitung des Bauvorhabens am Sätzenweg in St. Georgen, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat Christoph Fertl das Wort. Dieser stellt folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Eisenstadt möge beschließen, dass in einer Projektgruppe das Bauvorhaben am Sätzenweg in St. Georgen nochmals aufgearbeitet und überprüft wird. Diese Projektgruppe soll aus mindestens einem Vertreter jeder Partei bestehen, die im Gemeinderat der Freistadt Eisenstadt vertreten ist, einem Vertreter, der für die Anrainer spricht, dem Gründer

der Petition, einem Vertreter der damaligen Grundstückseigentümer und einem Vertreter der aktuellen Immobilienfirma. Ziel dieser Projektgruppe ist die lückenlos Aufbereitung der aktuellen Situation und eine gemeinsame Einigung für die weitere Vorgehensweise.

Gemeinderat Christoph Fertl:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, werte Gäste und Medienvertreter!

Wir haben es bei der letzten Gemeinderatssitzung schon versucht, den Punkt auf die Tagesordnung zu bringen, da wollten wir eigentlich nur darüber diskutieren. Da wäre es nicht einmal um eine Entscheidung gegangen, darum bin ich jetzt froh, jetzt darüber entscheiden und debattieren zu können. Ich habe es auch im Protokoll nachgelesen, ist dann ziemlich „zu gegangen“. Prinzipiell geht es darum, dass man eine Projektgruppe startet, und dass wir gemeinsam und überparteilich eine Lösung für das Projekt am „Sätzenweg“ finden. Es ist mittlerweile so, dass jetzt weitere Projekte dazugekommen sind. Wenn man letzte Woche den Kurier-Beitrag sich durchgelesen hat, ist es ja so, dass beim Gefängnis oben ja auch ziemlich diskutiert wird bzw., soweit ich weiß, ist es dort Zone 1. Die Bilder, die wir von dem, was geplant ist, bekommen haben, schaut das jetzt wirklich nicht nach einer lockeren Bebauung aus. Es sind doch ziemliche Bauprojekte, die dort geplant sind, ziemlich viele Häuser. Man müsste rein theoretisch auch an dieser Projektgruppe nochmal besprechen, ob man – ich weiß nicht, vielleicht ist es zu viel, was ich da sage, weil jetzt da hinten geschnauft wird – vielleicht die Zone 1 neu definieren sollte? Ich weiß, wir haben damals zugestimmt, man sieht es funktioniert nicht, weil wenn am Sätzenweg Zone 1 700 Unterschriften herbei ruft, bei einem anderen Bauprojekt in Kleinhöflein sich sogar die Bewohner dort einen Anwalt nehmen und gegen die Stadt vorgehen, dann sollte man sich wirklich überlegen, ob das wirklich so Sinn macht, und ob wir das nicht überarbeiten sollten. Deswegen fordern wir eben diese Projektgruppe und würden um eine Zustimmung von allen Fraktionen bitten. Danke.“

Gemeinderat Michael Bieber, MBA:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Magistratsdirektorin, werte Kollegen und Kolleginnen, liebe Zuhörer!

Die SPÖ Eisenstadt begehrt das Einsetzen einer Projektgruppe. Stellen wir fest: Für eine solche Projektgruppe gibt es keine rechtliche Grundlage. Die SPÖ-Eisenstadt

begehrt eine großteils parteipolitisch zusammengestellte Gruppe, und diese Gruppe würde gänzlich aus „Nicht-Fachleuten“ bestehen. Warum sage ich das? Vielleicht ist es der SPÖ-Eisenstadt nicht bewusst, daher möchte ich es wirklich dezidiert sagen und darauf hinweisen: Diese Gruppe soll nämlich laut Antrag das Bauvorhaben „Sätzenweg“ aufarbeiten und überprüfen. Hier wird begehrt, dass eine Gruppe von Personen, für die es keine rechtliche Grundlage gibt, Aufgaben wahrnimmt, die durch Gesetze und durch die Verfassung ganz klar geregelt sind. Es gibt dafür ein Verwaltungsverfahren mit den entsprechenden Parteienrechten und Parteienpflichten. Es gibt dafür das Baurecht und es gibt dafür den Instanzenzug: „Magistrat, Senat und Landesverwaltungsgericht“. Die geforderte Projektgruppe hätte weder eine inhaltliche noch eine fachliche Kompetenz und vor allem keine rechtliche Substanz bzw. rechtliche Legitimierung dafür. Wie gesagt, ich habe das hier bewusst festgehalten, für den Fall, dass es der SPÖ-Eisenstadt nicht bewusst ist. Wenn es der SPÖ-Eisenstadt aber bewusst ist, dann stellt sich die Frage, was bezweckt man mit so einen Antrag? Das Einzige, was damit offensichtlich bezweckt wird, ist „Öl ins Feuer zu gießen“ und falsche Erwartungen wecken. Wir als ÖVP-Eisenstadt lehnen solche politischen Konstrukte, die offenbar an den Gesetzen und Vorschriften vorbei agieren sollen, mit aller Entschiedenheit ab. Eine Zustimmung zu einem solchen willkürlichen Konstrukt ist nichts anderes als der Ausdruck von Misstrauen gegenüber dem Rechtsstaat. Nur wenn man kein Vertrauen in den Rechtsstaat hat, der durch Gesetze und Verfassung manifestiert ist, kann man so einen Antrag unterstützen. Als ÖVP-Eisenstadt lehnen wir diesen Antrag, der dazu auffordert, an Gesetzen vorbei zu agieren, entschieden ab.“

Gemeinderätin Anja Haider-Wallner:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kollegen und Kolleginnen, liebe Gäste!

Ich will mich jetzt gar nicht mit Begriffsdefinitionen und was für eine Art von Gruppe das sein kann..... Aber Eisenstadt rühmt sich ja auch immer wieder BürgerInnenbeteiligungen hoch zu halten. Also ich denke mir, in diesem Ausmaß müsste schon auch was möglich sein. Was ich fragen wollte, und was mir schon ein Anliegen ist, wir haben ja einen Baustopp gehabt, um gerade für diese Gegenden den Bauzonenplan zu machen. Den haben wir auch beschlossen, und was noch immer offen ist, und was auch bis zum Ende des Baustopps eigentlich erledigt werden sollte, sind die Bebauungsrichtlinien für diese Zonen, und die würden uns schon

helfen, wenn die fertig wären, gerade in Bezug auf das zweite angesprochene Projekt von Herrn Klubobmann. Dankeschön.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Vielleicht antworte ich gleich auf diese Frage. Es ist korrekt, was du gesagt hast, wir haben den Baustopp deswegen beschlossen, weil wir in dieser Zeit eben die Teilbebauungspläne und den Bauzonenplan erarbeitet haben und erarbeiten wollten, was auch passiert ist. Die Verfahrenslage ist so, dass derzeit die Teilbebauungspläne im Land Burgenland gescreent und überprüft werden. Und ich darf davon ausgehen, keine Ahnung wie lange das dauern wird, aber ich hoffe, dass wir Ende des Jahres bzw. Anfang nächsten Jahres hoffentlich das „Okay“ vom Land haben, dass wir dann auch die rechtliche Beschlusslage herstellen können. Ich möchte schon in Erinnerung rufen, das war nicht ein Teilbebauungsplan, das waren ja viele Teilbebauungspläne, da ist irrsinnig viel Arbeit und Tüftelei dahinter. Wir haben ja die Pläne auch in der Steuerungsgruppe mit allen Parteien besprochen, zumindestens alle, die auch anwesend waren. Wo wir ja grundsätzlich diese Zustimmung auch einmal informell gegeben haben, und ich gehe davon aus, dass das hoffentlich in absehbarer Zeit auch passiert. Es ist aber insofern rechtlich nicht das Problem, weil dort, wo es keine Teilbebauungspläne gibt, ist ja die konkrete Art des Bauens, oder was erlaubt wird, ist ja dann im Bescheid abzuhandeln, und da hat man sich eben an die Umgebung zu halten bzw. an die Dinge, die wir auch beschlossen haben oder die die Stadt vorgegeben hat. Insofern funktioniert das halbwegs, aber ich gebe Dir recht, ich hätte es auch lieber beschlossen, dann gibt es keine Unklarheiten mehr, und dann braucht man über diese Dinge auch nicht mehr diskutieren. Grundsätzlich möchte ich zu dem ganzen Thema sagen, und ich habe das letzte Mal auch schon getan und möchte auch auf diese Ausführungen verweisen, dass wir alles, was diesen Bauzonenplan betrifft, dass wir dort einstimmig beschlossen haben, welche Zonen wir wo einrichten. Wir haben gerade auch im Bereich des Sätzenweges auch überwiegend einstimmige Beschlüsse bis zur entsprechenden Widmung gehabt. Was ich auch für gut finde, wir haben im Bauzonenplan eine Obergrenze erstmals eingeführt für Wohneinheiten, was vorher nicht der Fall gewesen ist. Womit wir im speziellen Fall „Sätzenweg“, und übrigens auch beim anderen angesprochenen Fall, deutlich weniger Wohneinheiten ermöglichen, als das vorher der Fall gewesen ist. Beim „Sätzenweg“, und ich habe das schon beim letzten Mal gesagt, haben wir eine Bebauungsdichte von 23 %, was wirklich nicht viel ist. Es werden dort ausschließlich

Einfamilienhäuser und Doppelhäuser gebaut. Ich glaube, dass man mal zu dem Punkt kommen muss, sich zu fragen, ob man überhaupt noch eine Bautätigkeit möchte, weil wenn man jetzt keine Einfamilienhäuser mehr bauen kann, dann ist es halt schon sehr zu hinterfragen. Im Übrigen gilt das genauso bei dem anderen Projekt. Das ist übrigens keine Neuerung und kein Novum, dass Rechtsanwälte mit der Vertretung von Parteien beauftragt werden, das ist mittlerweile eigentlich ein relativ normaler Vorgang. Insofern würde ich schon darum bitten, jetzt nicht unbedingt die Flucht aus der Verantwortung anzutreten und zu diesen Beschlüssen, die man halt gefasst hat, auch zu stehen. Auch wenn irgendwann einmal der Punkt kommt, wo vielleicht der eine oder der andere sagt, dass das vielleicht nicht so gescheit gewesen sei oder man es anders sieht. Ich glaube, dass man schon zu dem auch stehen sollte, was man beschließt. Was den Sätzenweg konkret betrifft, ich bin selbstverständlich bereit, mit allen zu sprechen, und es waren auch schon viele bei mir, auch der Initiator dieser Petition war bei mir, und es war ein sehr gutes und sachliches Gespräch. Ich habe ihm auch gesagt, dass sie sich darauf verlassen können, dass wir hier alles tun, dass wir als Baubehörde dort unseren objektiven Part einnehmen, der uns auch zugedacht ist. Wir sind ja als Baubehörde weder Vertreter des Bauwerbers noch Vertreter der Anrainer, sondern wir haben das Gesetz und die Verordnungen zu vollziehen. Das bitte auch immer im Hinterkopf zu behalten! Es ist nicht so, dass die Baubehörde sagen kann, naja, eigentlich bist du mir nicht so sympathisch und darfst deshalb jetzt nicht bauen. Und der nächste ist mir sympathisch, der darf bauen, oder das Haus gefällt mir und das andere nicht.....Wir haben die Gesetze und Verordnungen einzuhalten, alles andere wäre eigentlich auch sehr fragwürdig, wenn da sozusagen subjektive Vorstellungen einfließen könnten. Die Punkte, die auch in der Petition sozusagen angesprochen wurden, vom Verkehrsthema über die Frage der Versickerung des Wassers, über die Frage des Kanalanschlusses, über die Frage der Feuerwehrezufahrten, über die Frage der Kinderbetreuungsplätze und der Schulplätze, ist selbstverständlich, dass wir uns als Stadt darum kümmern, dass wir das auch entsprechend organisieren werden. Insbesondere habe ich allen, mit denen ich bis jetzt gesprochen habe, auch versichert, und da können sich auch alle darauf verlassen, dass wir dann, wenn es dann soweit ist, dass man dort den Verkehrsweg neu gestaltet, dass wir da selbstverständlich die Bürgerinnen und Bürger einbinden, so wie wir es mit jedem Projekt machen. Das ist ja überhaupt gar keine Frage. Insofern habe ich das

kommuniziert und vermittelt. Was diese Arbeitsgruppe bewirken soll, ganz ehrlich, und Herr Klubobmann Bieber hat es auch ausgeführt, verstehe ich nicht ganz. Wie soll eine Arbeitsgruppe, die sich irgendwer ausgedacht hat, einen Verwaltungsvorgang überprüfen? Wie soll eine solche Gruppe die rechtlichen Grundlagen kennen? Kann sie ja auch gar nicht, und was soll die dann entscheiden oder auch nicht entscheiden? Ich würde schon bitten, dass man da „die Kirche im Dorf lässt“ und das auch jenen machen lässt, die dafür verantwortlich sind, die dafür ausgebildet sind, die auch die Kompetenz haben, und Herr Klubobmann Bieber hat es auch angeführt, deswegen leben wir ja in einem Rechtsstaat, dass sich eben jeder darauf verlassen kann, dass es Überprüfungen von Vorgängen in der Verwaltung gibt, dass die Bescheide überprüft werden können, dass die Bescheide angefochten werden können, und das geht dann bis zum Landesverwaltungsgerichtshof. Ich hoffe, dass niemand der Anwesenden da jetzt dem Landesverwaltungsgerichtshof irgendwelche Dinge unterstellt, dass dort nicht objektiv gearbeitet werden würde. Ich gehe davon aus, dass die angesprochenen Projekte den Instanzenzug durchgehen werden und dass am Ende der Verwaltungsgerichtshof feststellen wird, ob das ordnungsgemäß war, ob das alles den Vorschriften entsprochen hat oder nicht. Das ist bei allen Projekten bis jetzt so gewesen, und daher sehe ich da jetzt gar keine Veranlassung irgendeine Nebenorganisation oder Nebengruppe zu gründen, die weder inhaltlich noch sachlich und rechtlich überhaupt irgendwas bewirken kann. Ich stehe selbstverständlich weiterhin bereit, mit allen, die ein Thema dort haben, zu sprechen. Ich habe das auch offiziell auch jedem kommuniziert, der es hören wollte oder auch nicht hören wollte. Viele haben das auch in Anspruch genommen, unter anderem, wie schon gesagt, auch der Initiator der Petition, und da sind wir was die Kommunikation betrifft,, auf einem sehr guten Weg.“

Gemeinderat Christoph Fertl:

„Nur noch ein Zusatzsatz. Es ist uns nicht darum gegangen bei dieser Projektgruppe, dass man irgendwelche Gesetze..... so wie es uns jetzt vorgeworfen worden ist....., sondern es war auch im Antrag dabei, dass nachher zum Beispiel der Projektwerber selbst, also die Firma, die Baufirma dann dabei ist. Es ist noch nichts gebaut, es ist noch nichts ausgehoben, man könnte mit denen noch reden und sagen, ob es vielleicht auch anders möglich wäre. Das wäre der Sinn und Zweck von der ganzen Projektgruppe gewesen, aber anscheinend wird es nicht zugestimmt. Danke.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Das ist ein bisschen Interpretation, weil wenn drinnen steht, dass diese Gruppe das Bauvorhaben aufarbeiten und überprüfen soll, das ist schon eine andere Qualität finde ich, und im Übrigen, dass man eine Gruppe beschließt, wo man Leute hineinbeschließt sozusagen, die davon gar nichts wissen und mit denen man nicht einmal gesprochen hat, dann ist das halt auch so eine Sache.“

- Zwischenruf Gemeinderat Christoph Fertl -

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Eh nicht, aber es gibt ja..... es gibt ja einen Bauwerber.....“

- Zwischenruf Gemeinderat Christoph Fertl -

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Eh, aber nur ist das nicht – wie soll ich sagen – die Kompetenz des Gemeinderates, irgendjemanden in eine solche Gruppe zu nominieren.“

- Zwischenruf Gemeinderat Christoph Fertl –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Das ist halt so!“

Gemeinderat Christoph Fertl:

„Ich muss jetzt noch einmal zum Mikrofon, sonst steht es leider nicht im Protokoll drinnen.

Wir haben nie gesagt, dass irgendwelche Personen von uns auserwählt werden, es werden Vertreter quasi, können genannt werden, auch von den Anrainern. Wir waren bei dieser Versammlung dabei, die haben alle gesagt, sie würden gerne mitreden, sie würden gemeinsam, sie wissen, dass dort etwas gebaut wird, aber sie würden auch gerne eine gemeinsame Lösung finden. Und genau deswegen haben wir diesen Antrag gemacht und nichts anderes. Wir hätten nicht irgendjemanden bestimmt, wenn die Anrainer kein Interesse hätten, dann glaube ich nicht, dass die Petition 700 Stimmen erreicht hätte.“

- Zwischenrufe -

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Okay, alles klar! Gut.....“

- Zwischenrufe -

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Also, wenn sich jemand äußern möchte, dann bitte ich um eine Wortmeldung. Wenn Ihr beide untereinander sprechen wollt, dann macht es bitte nach der Sitzung.“

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag mit den Stimmen der SPÖ-Gemeinderatsmitglieder – Vizebürgermeisterin Charlotte Toth-Kanyak, Elke Riener, Christoph Fertl, Andrea Fassl, Günter Kovacs sowie Christoph Kainz und mit den Stimmen der Grünen-Gemeinderatsmitglieder – Anja Haider-Wallner, Samara Sánchez Pöll sowie Dr. Siegfried Mörz und der Stimme des FPÖ-Gemeinderatsmitglieds Ing. Bernhard Skaumal gegen die Stimmen der ÖVP-Gemeinderatsmitglieder – Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner, Vizebürgermeister Istvan Deli, BA, Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth, Stadträtin Birgit Tallian, Stadtrat Stefan Lichtscheidl, Adelheid Hahnekamp, Josef Weidinger, Waltraud Bachmaier, Michael Bieber, MBA, Hermann Nährer, Silvia Bronkhorst, Gerald Hicke, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Andrea Dvornikovich, DI Otto Prieler sowie Daniel Janisch mehrheitlich nicht zum Beschluss erhoben wurde.

19. Allfälliges

keine Wortmeldungen

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ich darf noch mitteilen, dass die nächste Gemeinderatssitzung voraussichtlich am 09. Dezember 2024 stattfinden wird.“

In Ermangelung weiterer Tagesordnungspunkte schließt der Vorsitzende die Sitzung des Gemeinderates um 20:55 Uhr.

Die Schriftführerin:

Mag.^a Gerda Török eh.

Der Vorsitzende:

Mag. Thomas Steiner eh.

Die Beglaubiger:

Vizebürgermeister Istvan Deli, BA eh.

Gemeinderätin Elke Riener eh.